

Die Mit- arbeit

MONATSHEFTE DER AKTION EVANGELISCHER ARBEITNEHMER

INHALT:

Bilanz ohne befriedigenden Ausgleich Der DGB-Kongreß in Frankfurt	S. 1
Christliche Antworten auf die soziale Frage	
Robert Spaemann	
Franz Baader und die Romantiker	S. 6
Alte Klassenkampftheorie — neu auf- gelegt	
Viktor Agartz und seine Programmatik	S. 10
Ingwer Paulsen	
Mitverantwortung und Lohngerechtigkeit bei V. A. Huber (2. Teil)	S. 15
Ewiges Wort in aktueller Form Kirchliche Presse im Blickfeld der Arbeitnehmerschaft	S. 20
Das Wort	
Vernünftiger Gottesdienst	S. 24
Was sagt uns die Dichtung?	
Hans Egon Holthusen: Ein Mann der Tat	S. 26
Das neue Buch	S. 29
Bemerkenswerte Filme	
Wohin führt der Weg?	
„Sauerbruch“ („Das war mein Leben“)	S. 32
Wir wollen Sie informieren	S. 33
Aktuelles aus der Sozialpolitik	S. 36
Nachrichten aus den evangelischen Akademien	S. 37
Unsere Leser haben das Wort	S. 39

ACHTES HEFT · 1954 · 3. JAHRG.

ligenden Ausgleich

Frankfurt

ritten

ssentiments und Gefühlsausbrüchen zum kongresses in Frankfurt durchzustößen, Darstellung in Tagespresse und Wochen- worden ist.

Geschichte der Deutschen Gewerkschafts- nalen Beobachter angenommen wird. Er ane des Staates und die Gewerkschaften r erneut in einem kämpferischen Gegen- samen Bemühung um einen neuen, dem innerhalb der Deutschen Gewerkschafts- ng verdichtete sich im Kongreß durch die nten, Prof. *Theodor Heuss*, mit dem zum n Gewerkschaftsbewegung ein deutsches s Gewerkschaftskongresses teilnahm.

uch in seiner Begrüßungsansprache, als ete — die verantwortungsvolle Situation er Gewerkschaften, wie er sie sah, zu eferates auf die bedeutendsten Führer- sbezug ~~von~~ *Karl Legien*, *Adam Steger-* kler, er verwies ~~auf~~ *andere* einte, daß es richtig sei, „der neu- ät zu geben, die zerrissen wurde, als am Brutalität der Gosse vernichtet wurden.

der Bundespräsident weiter aus, „besaß lich, auch religiös bedingt, einige Quell- reinigt haben, ist ein sachlicher Gewinn.“ en und dem damit verbundenen tiefen der Gewerkschaften nahm dann der blemen Stellung.

hern vereinbarte freiwillige Schlichtung , daß die Unternehmer wie die Gewerk- chtigen Gefühl für die eigene Verant- h werdenden Staat mit der Fülle der ihn dem Ruf nach einem staatlichen Schlich- ostverantwortliche, wie es der Bundes- ierte Eigenverfahren ist redlicher und orm staatlicher Zwangsschlichtung. Dem die Unterschriften von *Paulssen* und *tapfer*“.

Wie wohl bekannt ist, haben wir im Saarland Erstere geht noch immer mit den alten Kampf gut an die Arbeit. Die C.G. dagegen besinnt sich auf sachlichen Verhandlungsweg zum Ziel gelang zu schwach, um ihren Forderungen genügend aller Arbeitnehmer an der Saar ist organisieren schafften zwar ein Ziel haben, nicht aber eine Schwäche ist das jahrelange Hinausziehen der — Alle diese meine Angaben beruhen auf einer natürlich nur meine eigene Meinung aus."

Zu dem in der Kirchentagsnummer der „Mitteilungen“ „Stoßtrupps in die industrielle Welt“, die Bewegung aufzeigte, schickt uns eine Mitarbeiterin zu der Arbeit mit den werktätigen Frauen.

„Die Ansätze evangelischer Arbeit mit werktätigen Frauen sind gewichtig genug, um gleichsam das Muster der Zusammenarbeit mit der Evangelischen Aktion zu sein. Aber es sind Ansätze, die vielleicht hier und da hineinbringen — wie bunte Fäden, die man in die Evangelische Arbeit mit werktätigen Frauen einweben kann. Familienausflüge, Urlaubswochen für Familien, nicht aus einem Prinzip ergaben, sondern — überlastet durch Beruf, Haushalt und Familie — mit Mutter, Mann, Schwester oder Kind im Alltag ständig zu kurz.

Der engere Zusammenhalt von Männern, Frauen und Jugendlichen ergibt, die dadurch entstehende engere Zusammenarbeit mit und an Werkstätten. In die wöchentlichen Sprechstunden unmittelbar nach der Arbeit abgehalten werden, kommen die regelmäßigen Treffen keine Zeit finden. Einmal vorbei, und es ergibt sich dabei so oft sehr erholungsbedürftigen Müttern, Frauen in Kinderferienheimen oder in Ferientagesheimen, wo sie auf die Erziehungsberatungsstelle, an der sie als werktätige Mütter, deren drückendste Last sich in der Arbeit mit werktätigen Frauen bedingt manifestiert, aufgetischt im kleinen Kreise oder bei größerer Arbeit, daß sich Diskussionen und Unterredungen mit Geistlichem und Materiellem eng verbinden; vielleicht deshalb, weil Frauen die Einheit von Leib, Geist und Seele vermögen. Formen leichter ein Stück Zugehörigkeit, gefunden werden kann.

Es wäre nicht nötig, diese „Fäden im Gewebe“ zu vervollständigen. Aber es wäre ungerecht, wenn man übersieht, daß auch werktätige Frauen aller Altersstufen in dieser Weise mitarbeiten.

Sie machen sich Gedanken, wie man eine Kirche oder sie vervollständigen die Werkbücherei, Spiele zu nennen. Unter anderem wurde kürzlich in einer Notkirchenbaracke unmittelbar im Wochenanfang gehalten — Lied, Losung und Arbeit mit werktätigen Frauen helfen viel und schnell, still-

VERLAG HERBERT RENNER



Informationsorgan der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen

Herausgeber: Gerhard Heilfurth

Verlag: Herbert Renner, Berlin-Grünwald, Königsallee 40 · Für die Redaktion verantwortlich: Manfred Vierkorn · Anschrift der Redaktion: Friedewald über Betzdorf/Sieg, Evangelische Sozialakademie, Fernruf Daaden 359 · Graphische Gestaltung: Rudi Wagner, Berlin · Druck: Mittag & Co., Berlin-Lichterfelde, Drakestr. 34 · Anzeigenverwaltung: Naumann & Co., Gummersbach Bez. Köln, Postfach 94, Bahnhofstraße 5-7, Ruf 2416 · Erscheint einmal im Monat. Preis für das Einzelheft: DM —,90 zuzüglich Zustellgebühren · Bestellungen beim zuständigen Postamt und beim Verlag Herbert Renner, Berlin-Grünwald, Königsallee 40 · Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen · Die mit Namen gezeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Schriftleitung wieder.

Bilanz -

ohne befriedigenden Ausgleich

Der DGB - Kongress in Frankfurt

Verlauf und Ergebnis umstritten

Es ist nicht leicht, durch die Fülle von Ressentiments und Gefühlsausbrüchen zum eigentlichen Geschehen des DGB-Bundeskongresses in Frankfurt durchzustoßen, nachdem zum Teil in bewußt einseitiger Darstellung in Tagespresse und Wochenzeitschriften über den Kongreß berichtet worden ist.

Der Kongreß ist bedeutungsvoller für die Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung, als es vielleicht von dem normalen Beobachter angenommen wird. Er hat nämlich sichtbar gemacht, daß die Organe des Staates und die Gewerkschaften heute vor der Frage stehen, sich entweder erneut in einem kämpferischen Gegen-einander aufzureiben, oder in der gemeinsamen Bemühung um einen neuen, dem Ganzen der Gesellschaft dienenden Weg innerhalb der Deutschen Gewerkschaftsbewegung zu beginnen. Diese Fragestellung verdichtete sich im Kongreß durch die persönliche Teilnahme des Bundespräsidenten, Prof. *Theodor Heuss*, mit dem zum zweitenmal in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein deutsches Staatsoberhaupt an den Beratungen eines Gewerkschaftskongresses teilnahm.

Der Bundespräsident verstand es aber auch in seiner Begrüßungsansprache, als „der Heuss“ — wie er sich selbst bezeichnete — die verantwortungsvolle Situation dieses Kongresses aus der Geschichte der Gewerkschaften, wie er sie sah, zu erklären. Er verwies zu Beginn seines Referates auf die bedeutendsten Führergestalten in der deutschen Gewerkschaftsbewegung: Karl Legien, Adam Stegerwald, Wilhelm Leuschner und Hans Böckler, er verwies auf diese und andere Männer und deren Wirken, weil er meinte, daß es richtig sei, „der heutigen Generation das Wissen um eine Kontinuität zu geben, die zerrissen wurde, als am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften von der Brutalität der Gosse vernichtet wurden. „Die gewerkschaftliche Arbeit“, so führte der Bundespräsident weiter aus, „besaß in Deutschland geschichtlich, weltanschaulich, auch religiös bedingt, einige Quellflüsse; daß sie sich jetzt zu einem Strom vereinigt haben, ist ein sachlicher Gewinn.“ Aus seinen jahrzehntelangen Erfahrungen und dem damit verbundenen tiefen Wissen um die Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften nahm dann der Bundespräsident zu einigen aktuellen Problemen Stellung.

Er begrüßte die zwischen den Sozialpartnern vereinbarte freiwillige Schlichtung und stellte in diesem Zusammenhang fest, daß die Unternehmer wie die Gewerkschaften diese Vereinbarung in dem richtigen Gefühl für die eigene Verantwortung abgeschlossen und den allmählich werdenden Staat mit der Fülle der ihn bedrängenden Ansprüche nicht noch mit dem Ruf nach einem staatlichen Schlichtungswesen überfordert hätten. Das selbstverantwortliche, wie es der Bundespräsident ausdrückte, „sachlich disziplinierte Eigenverfahren ist redlicher und sogar tapferer“, als die früher geübte Form staatlicher Zwangsschlichtung. Dem Bundespräsidenten schienen von daher die Unterschriften von Paulssen und Freitag in solchem Sinne „redlich“ und „tapfer“.

Wie wohl bekannt ist, haben wir im Saarland Erstherrn geht noch immer mit den alten Kampfgut an die Arbeit. Die C.G. dagegen besinnt sich auf sachlichen Verhandlungsweg zum Ziel gelang zu schwach, um ihren Forderungen genügen. aller Arbeitnehmer an der Saar ist organisiert. schaften zwar ein Ziel haben, nicht aber ein. Schwäche ist das jahrelange Hinausziehen d — Alle diese meine Angaben beruhen auf e natürlich nur meine eigene Meinung aus."

Zu dem in der Kirchentagsnummer der „Mitteilungen“ „Stoßtrupps in die industrielle Welt“, die Bewegung aufzeigte, schickt uns eine Mitarbeiterin zu der Arbeit mit den werktätigen Frauen.

„Die Ansätze evangelischer Arbeit mit werktätigen Frauen sind gewichtig genug, um gleichsam das Muster der Zusammenarbeit mit der Evangelischen Aktion. Aber es sind Ansätze, die vielleicht hier und da hineinbringen — wie bunte Fäden, die man in die Evangelische Arbeit mit werktätigen Frauen einweben kann. Familienausflüge, Urlaubswochen für Familien, nicht aus einem Prinzip ergaben, sondern aus der Notwendigkeit — überlastet durch Beruf, Haushalt, Kinder, Paaren, mit Mutter, Mann, Schwester oder Bruder im Alltag ständig zu tun haben.“

Der engere Zusammenhalt von Männern, Frauen und Kindern ergibt sich durch entstehende engere praktische Zusammenarbeit mit und an Werktätigen in der Gemeinde. In diesem Miteinander vielseitiger und lebendiger wöchentlichen Sprechstunden unmittelbar am großen Werke abgehalten werden, kommen die für regelmäßige Treffen keine Zeit findenden einmal vorbei, und es ergibt sich dabei so oft sehr erholungsbedürftigen Müttern, Frauen in Kinderferienheimen oder in Ferientagesheimen, sowie auf die Erziehungsberatungsstelle, an der werktätige Mütter, deren drückendste Last sich in der Arbeit mit werktätigen Frauen bedingt manifestiert, aufgetischt im kleinen Kreise oder bei größerer Arbeit, daß sich Diskussionen und Unterhaltungen mit Geistlichem und Materiellem verbinden; vielleicht deshalb, weil Frauen die Einheit von Leib, Geist und Seele vernachlässigen. Formen leichter ein Stück Zugehörigkeit, gefunden werden kann.

Es wäre nicht nötig, diese „Fäden im Gewebe“ zu verweben. Aber es wäre ungerecht, wenn man überselbstständigen auch werktätige Frauen aller Altersstufen in dieser Weise mitarbeiten.

Sie machen sich Gedanken, wie man eine Kirche oder sie vervollständigen die Werkbücherei, Spiele zu nennen. Unter anderem wurde kürzlich in einer Notkirchenbaracke unmittelbar im Wochenanfang gehalten — Lied, Losung und Gebet für die werktätigen Frauen helfen viel und schnell, still

VERLAG HERBERT RENNER



Informationsorgan der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen

Herausgeber: Gerhard Heilfurth

Verlag: Herbert Renner, Berlin-Grunewald, Königsallee 40 · Für die Redaktion verantwortlich: Manfred Vierkorn · Anschrift der Redaktion: Friedewald über Betzdorf/Sieg, Evangelische Sozialakademie, Fernruf Daaden 359 · Graphische Gestaltung: Rudi Wagner, Berlin · Druck: Mittag & Co., Berlin-Lichterfelde, Drakestr. 34 · Anzeigenverwaltung: Naumann & Co., Gummersbach Bez. Köln, Postfach 94, Bahnhofstraße 5-7, Ruf 2416 · Erscheint einmal im Monat. Preis für das Einzelheft: DM —,90 zuzüglich Zustellgebühren · Bestellungen beim zuständigen Postamt und beim Verlag Herbert Renner, Berlin-Grunewald, Königsallee 40 · Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen · Die mit Namen gezeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Schriftleitung wieder.

Bilanz -

ohne befriedigenden Ausgleich

Der DGB - Kongress in Frankfurt

Verlauf und Ergebnis umstritten

Es ist nicht leicht, durch die Fülle von Ressentiments und Gefühlsausbrüchen zum eigentlichen Geschehen des DGB-Bundeskongresses in Frankfurt durchzustoßen, nachdem zum Teil in bewußt einseitiger Darstellung in Tagespresse und Wochenzeitschriften über den Kongreß berichtet worden ist.

Der Kongreß ist bedeutungsvoller für die Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung, als es vielleicht von dem normalen Beobachter angenommen wird. Er hat nämlich sichtbar gemacht, daß die Organe des Staates und die Gewerkschaften heute vor der Frage stehen, sich entweder erneut in einem kämpferischen Gegen-einander aufzureiben, oder in der gemeinsamen Bemühung um einen neuen, dem Ganzen der Gesellschaft dienenden Weg innerhalb der Deutschen Gewerkschaftsbewegung zu beginnen. Diese Fragestellung verdichtete sich im Kongreß durch die persönliche Teilnahme des Bundespräsidenten, Prof. *Theodor Heuss*, mit dem zum zweitenmal in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein deutsches Staatsoberhaupt an den Beratungen eines Gewerkschaftskongresses teilnahm.

Der Bundespräsident verstand es aber auch in seiner Begrüßungsansprache, als „der Heuss“ — wie er sich selbst bezeichnete — die verantwortungsvolle Situation dieses Kongresses aus der Geschichte der Gewerkschaften, wie er sie sah, zu erklären. Er verwies zu Beginn seines Referates auf die bedeutendsten Führergestalten in der deutschen Gewerkschaftsbewegung: Karl Legien, Adam Stegerwald, Wilhelm Leuschner und Hans Böckler, er verwies auf diese und andere Männer und deren Wirken, weil er meinte, daß es richtig sei, „der heutigen Generation das Wissen um eine Kontinuität zu geben, die zerrissen wurde, als am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften von der Brutalität der Gosse vernichtet wurden. „Die gewerkschaftliche Arbeit“, so führte der Bundespräsident weiter aus, „besaß in Deutschland geschichtlich, weltanschaulich, auch religiös bedingt, einige Quellflüsse; daß sie sich jetzt zu einem Strom vereinigt haben, ist ein sachlicher Gewinn.“ Aus seinen jahrzehntelangen Erfahrungen und dem damit verbundenen tiefen Wissen um die Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften nahm dann der Bundespräsident zu einigen aktuellen Problemen Stellung.

Er begrüßte die zwischen den Sozialpartnern vereinbarte freiwillige Schlichtung und stellte in diesem Zusammenhang fest, daß die Unternehmer wie die Gewerkschaften diese Vereinbarung in dem richtigen Gefühl für die eigene Verantwortung abgeschlossen und den allmählich werdenden Staat mit der Fülle der ihn bedrängenden Ansprüche nicht noch mit dem Ruf nach einem staatlichen Schlichtungswesen überfordert hätten. Das selbstverantwortliche, wie es der Bundespräsident ausdrückte, „sachlich disziplinierte Eigenverfahren ist redlicher und sogar tapferer“, als die früher geübte Form staatlicher Zwangsschlichtung. Dem Bundespräsidenten schienen von daher die Unterschriften von Paulssen und Freitag in solchem Sinne „redlich“ und „tapfer“.



Der wiedergewählte 1. Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Preitag, legt vor der Delegiertenversammlung Rechenschaft ab. Dieser Schnappschuß zeigt ihn in einer etwas bekümmerten Pose. Fühlt er die noch unterdrückte Unruhe in dem weiten Rund des Frankfurter Plenums?

Zum Streikrecht führte der Bundespräsident aus: „Es ist nicht nur formalrechtlich begründet, seitdem das Arbeitsverhältnis in einen umgrenzten Vertragscharakter übergegangen ist, sondern auch ein Individual- und Gruppenanspruch, auf eine bessere Berufs- und Lebenslage geschlossen einzuwirken.“ Prof. Heuss meinte, daß dieses Recht „vorab in den Perioden guter Konjunktur, guter Erträge, in denen man ja selber mitgewirkt hat, angewendet wird“. Er warnte aber vor unnötigen Streikdrohungen und betonte, daß die bessere Politik zwischen den Menschen und den Völkern nicht mit „Metall“, sondern auf dem Papier geregelt wird, auf dem Gesinnungen und Rechte festgehalten werden. Dies sei auch eine realistische Politik der beruflichen und sozialen Gruppen.

Auch die auf die gewerkschaftliche Frage abgestellten Begrüßungsreden des Vizepräsidenten des 2. deutschen Bundestages, Prof. Carlo Schmid, des

Bundesministers für Arbeit, Anton Storch, als Vertreter der Regierung, des Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, und des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, als Vertreter der CDU, zeigten das starke Interesse für den Weg des DGB, der mit dem Frankfurter Kongreß in einen neuen Abschnitt der Gewerkschaftspolitik eintrat. Prof. Carlo Schmid betonte, daß die Gewerkschaften heute nicht mehr nur die wirtschaftlich-sozialen Interessenvertretungen der Arbeitnehmerschaft seien, sondern darüber hinaus auch eine Ordnungsmacht des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens.

Der evangelische Arbeitnehmer wird das zweifellos bejahen, doch bedarf ein solcher Grundsatz einer praktischen Erläuterung. Die eben zitierte Funktion als Ordnungsmacht im staatlichen und gesellschaftlichen Leben gibt den Gewerkschaften nicht das Recht, sich als „Staat im Staate“ zu fühlen. Gewerkschaften sind staats- und gesellschaftsordnender Faktor für die von ihnen vertretenen Menschen. In dieser Eigenschaft erfolgt über die Gewerkschaften die Zuordnung der Arbeitnehmerschaft zu den anderen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen, die teilweise stärker das Recht zu klassenkämpferischen Tendenzen hätten, als die materiell einigermaßen sichere Arbeitnehmerschaft: die freiberuflich geistig Tätigen, die Flüchtlinge, die Arbeitslosen, die Rentner usw.

Erich Ollenhauer wies auf die engen Beziehungen hin, die immer zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bestanden hätten. Er sagte: „Sozialdemokraten und Gewerkschaften bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Die Niederlage des einen ist die Niederlage des anderen als Bestandteil der modernen Arbeiterbewegung.“ Eine solche Auffassung scheint uns nicht ungefährlich, weil hier die Tendenz besteht, andere beachtliche geistige und politische Strömungen innerhalb der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung zu verneinen. Ollen-

hauers Rede trug den Keim des alleinigen sozialdemokratischen Führungsanspruchs innerhalb der Gewerkschaften in sich.

Die Delegierten des Kongresses nahmen die Äußerungen dieser führenden Politiker wohl mit Genugtuung entgegen. Weiter muß festgehalten werden, daß die 391 stimmberechtigten Delegierten fast allen Verhandlungen des Kongresses mit dem Bemühen um Sachlichkeit folgten. Es ist interessant, daß 53 Prozent der stimmberechtigten Delegierten hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre waren. Das Durchschnittsalter sämtlicher Delegierten lag bei 55 Jahren. Von den stimmberechtigten Delegierten waren 69 Prozent Angestellte (hierbei sind die 53 Prozent der Gewerkschaftsangestellten zu berücksichtigen), 24 Prozent Arbeiter und 7 Prozent Beamte. Personell lag also das Schwergewicht dieses „Parlamentes der Arbeit“ bei den hauptamtlichen Funktionären und Arbeiterdelegierten.

So falsch es ist, angesichts der Delegierten von 400 „Funktionären“ zu reden, so unberechtigt ist es vom „Parlament der Arbeit“ zu sprechen, das eine in Staat und Gesellschaft „deklassierte“ Schicht vertritt. Das letztere versuchte *Otto Brenner*, Vorsitzender der IG Metall, durch sein Mißtrauen deutlich zu machen, das er gegenüber den Bemühungen der Unternehmer um partnerschaftliche Zusammenarbeit hegt.

Darauf wurde er von seinem Kollegen *Gutermuth*, IG Bergbau, in der Diskussion deutlich angesprochen: „Wenn wir den alten Klassenkampf wollen, müssen wir auf die Mitbestimmung bei Kohle und Eisen verzichten!“



„Was nun?“ Diese Frage liegt bei dieser kleinen Regiebesprechung im intimsten Kreis anscheinend in der Luft. Hat jemand aus den Reihen der Delegierten dazwischengeschossen? Oder wird die Atmosphäre des Hauses zu hart, zu metallisch? Vielleicht hat auch nur einer vergessen, sein Bier zu bezahlen! Jedenfalls scheint es — gemessen an *Walter Freitags* heiterem Gesicht (ganz rechts) — für ein weibliches Vorstandsmitglied nicht geboten, sich in die Oberlippe zu beißen, wie es die etwas versonnen vor dem gewichtigen Rednerpult stehende *Thea Harmuth* offenbar tut. In der Mitte sitzend, *Georg Reuter*, dahinter wartet *Matthias Föcher* anscheinend wieder einmal auf eine Antwort, die *Albin Karl* (daneben) vielleicht zu geben geneigt ist. (Wenn gewichtige Männer nachdenken, haben sie die eine Hand meistens in der Hosentasche!)

Allein der Tatbestand des Mitbestimmungsrechtes, das ja noch eine Fülle ungeklärter Fragen in sich birgt, zeigt, daß die Delegierten eine Arbeitnehmerschicht zu vertreten haben, die im Blick auf das Ganze der gesellschaftlichen Ordnung noch stärkere Verantwortung zu entwickeln hat. Hier liegt die eigentliche Entscheidung, die die Gewerkschaften für ihren weiteren Weg fällen müssen. Lohnpolitisch haben die Gewerkschaften für nicht unerhebliche Teile ihres Bereiches eine Grenze erreicht, die nur noch auf Kosten anderer, von echter Not bedrängten Gruppen überschritten werden kann. Die den DGB auf dem Kongreß repräsentierende Schicht ist — an ihrem monatlichen Beitragsaufkommen gemessen — materiell einigermaßen gesichert; das läßt Rückschlüsse auf die vertretenen Arbeitnehmer zu, wenn man größere Teile der Angestellten- und Beamtschaft ausnimmt.

Die verbleibenden 16 Prozent echte Angestellte und die 7 Prozent Beamte zeigen, daß die Bemühungen des DGB um eine aktive Angestellten- und Beamtenpolitik in der Wahl der Delegierten nicht den erforderlichen Niederschlag fanden. Ein Viertel aller abhängigen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sind Angestellte. Das muß deutlich gesehen werden! Ist es von daher noch verwunderlich, wenn der Kongreß den Bundesvorstand in einer Entschliebung aufforderte, der Aufnahme der Deutschen Angestellten Gewerkschaft in den Internationalen Bund freier Gewerkschaften nicht zuzustimmen? Die Delegierten des DGB-Kongresses zeigten wenig Verständnis für die Sonderanliegen der Angestellten, die sich in der Existenz der DAG als Berufsgewerkschaft konkretisieren.

Die von uns vorausgesagte Wiederwahl Walter Freitags ist eingetroffen. Wir begrüßen das ebenso wie die Wiederwahl der übrigen Bundesvorstandsmitglieder, insofern nämlich, als es Walter Freitag gelungen ist, die zum Teil auseinanderstrebenden Kräfte im Bereich des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammenzuhalten und im Blick auf das Aktionsprogramm einer neuen gemeinsamen Aufgabe zuzuführen. Ihm gelang das, ohne neue Angehörige radikaler Gruppen im DGB in die Mannschaft des Bundesvorstandes aufzunehmen. Und so kann man mit einiger Sicherheit voraussagen, daß trotz einer Verschärfung der Gewerkschaftspolitik in der einen oder anderen Frage eine im großen ganzen vernünftige Linie in der Gewerkschaftspolitik zu erwarten ist. Die wiedergewählten Bundesvorstandsmitglieder sind „alte Hasen“, die den notwendigen Blick für das Erreichbare haben. Wir schließen uns daher nicht der in der evangelischen Wochenzeitschrift „Christ und Welt“ geäußerten Meinung an, Walter Freitag habe seine „Prüfung nicht bestanden“. Auch der Leitartikel dieser Zeitschrift, der dem Bundeskongreß gewidmet war, zeugt von einem Berichterstatter, der sich anscheinend nicht der Mühe unterzogen hat, eine dem Wesen der Gewerkschaften gerechte Beurteilung zu finden.

Bereits vor Beginn des Kongresses war die Frage entschieden, ob in Frankfurt ein Aktionsprogramm des DGB zustande kommen soll. In Gruppenbesprechungen der Industriegewerkschaften und im Bundesausschuß des DGB war man sich vorher darin einig geworden, die Erarbeitung eines Aktionsprogrammes einer Kommission zu überlassen. Sämtliche Reden auf dem Kongreß, auch die des gewerkschaftlichen Wirtschaftstheoretikers, Dr. Viktor Agartz, sowie die Anträge und Entschliebungen, die dem Kongreß vorlagen, sind als mehr oder weniger verbindliche Arbeitsgrundlagen der Kommission überwiesen worden.

Mit einem kleinen, aber trefflichen Seitenhieb traf der Bundespräsident in seiner Rede noch eine andere, sehr gewichtige Feststellung: „Es sind ja hier auch außenpolitisch pazifistische Seelen, die im inneren Betrieb sehr militant sind.“ Er meinte

hiermit zweifellos die Gruppe, die mit viel Geschick die Gemüter der Delegierten in Wallung brachte und eine EntschlieÙung gegen den Wehrbeitrag gegen 4 Stimmen durchsetzte.

Dieser EntschlieÙung des Bundeskongresses zur Frage des Wehrbeitrags hat der Gewerkschaftsbewegung aufs Ganze gesehen mehr geschadet, als die Initiatoren vielleicht vorausgesehen haben. Wir bestreiten der Gewerkschaft nicht das Recht, angesichts eines in Planung befindlichen 500 000-Mann-Heeres besorgt nach den sozialen Leistungen des Staates zu fragen. Wir bestreiten weiter den Gewerkschaften nicht das Recht, aus den zahlreichen negativen Erfahrungen innerhalb der deutschen Armee nach dem demokratischen Geist zu fragen, der bei der Aufstellung und Haltung einer neuen deutschen Armee notwendig ist. Auch wir wissen, daß ein 500 000-Mann-Heer für das Gebiet der Bundesrepublik der Heeresstärke aus dem Jahre 1938 entspricht. Doch sind wir genauso davon überzeugt, daß die grundsätzlich gegen jede Form eines deutschen Wehrbeitrages gerichtete EntschlieÙung die Grenzen gewerkschaftlicher Verantwortung übersteigt. Diese Frage ist von so grundsätzlicher politischer Bedeutung, daß sie einzig und allein in die Zuständigkeit der parlamentarischen Vertretung unseres Volkes gehört. Jeglicher außerparlamentarische, aus Ressentiments entwickelte Druck hemmt die staatsbürgerliche Entscheidungsfreiheit jedes einzelnen in dieser Frage.

Der Bundeskongreß hat über die eigentlichen Kräfteverhältnisse im DGB keinen Zweifel gelassen. Der Vorsprung der Sozialdemokraten in der Führung ist unbestreitbar. Jedoch hat sich gezeigt, daß die Führungsgruppe im DGB bereit ist, sich nach allen Seiten offenzuhalten, und so hat Walter Freitag in seiner persönlichen Stellungnahme zur Frage des Wehrbeitrages sehr realistisch die auch von uns aufgeworfene Fragestellung getroffen. Sein Nachfolger im Vorsitz der



Der alte, neue Vorstand des DGB, der — von mehr oder weniger geharnischter Kritik leicht berleselt — nunmehr einen Weg vor sich sehen dürfte, der mit ideologischen Schlaglöchern liebevoll ausgestattet ist — von links nach rechts: Ludwig Rosenberg, Thea Harmuth, Hans Böhm, Matthias Föcher, Willi Ginhold, Walter Freitag, Georg Reuter, Willi Richter und Albin Karl. (Fotos [3]: Bildstelle des DGB, Düsseldorf)

Industriegewerkschaft Metall, Otto Brenner, scheint — trotz aller Verhaltenheit auf dem Kongreß — kompromißlos eine grundsätzlich andere Linie zu verfolgen. Er ist im Gegensatz zu Walter Freitag nicht ohne weiteres von der Richtigkeit und Notwendigkeit des freiwilligen Schlichtungsverfahrens überzeugt, und er führt geistig zweifellos auch jene Gruppe mit an, die dem DGB die unglückliche Entschliebung zum Wehrbeitrag beschert hat. Er war es auch, der als erster den Reigen einiger Metalldelegierten eröffnete, die es sich nicht verkneifen konnten, „die unnötigen Belehrungen des Herrn Bundespräsidenten“ zurückzuweisen. Die Delegierten und Walter Freitag wiesen diesen Ausfall zurück. Man mag diesen Vorfall als eine Entgleisung ansehen, doch scheint nach unserem Ermessen mehr dahinter zu stecken, etwa der Versuch, zwischen die sichtbar werdenden Verhandlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften einerseits und der Regierung andererseits einen Keil zu treiben, indem Walter Freitag durch diesen, gegen den Bundespräsidenten gerichteten Vorfall in Mißkredit gebracht werden konnte.

Der Bundeskongreß hat manche Frage offen gelassen, und wir hoffen mit den Worten des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, die er auch als führende Persönlichkeit der früheren christlichen Gewerkschaften an den Kongreß richtete, „nicht alle Disharmonien in der jungen Ehe der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftler sind beseitigt. Dies kann und muß in offenen und ehrlichen Aussprachen geschehen“.

Henry Lillich

CHRISTLICHE ANTWORTEN AUF DIE SOZIALE FRAGE

Franz Baader und die Romantiker

ROBERT SPAEMANN

Das Wort „Sozialromantik“ gilt heute für bürgerliche Politiker wie für orthodoxe Kommunisten als verächtliches Schimpfwort. Wenn man soziale Ideen romantisch nennt, so will man damit meistens sagen, es seien wirklichkeitsfremde Wunschträume. Diese Verachtung des Denkens der Romantik kann sehr verschiedene Gründe haben. Es ist wahr, wir können heute von den politischen und christlich-sozialen Denkern der Romantik nicht viel Praktisches lernen. Ihre Theorien waren vielfach allzu sehr an einer idealisierten Vergangenheit orientiert. Ihre Analysen der kapitalistischen Wirtschaft blieben an Scharfblick und Gründlichkeit weit hinter denen zurück, die bald darauf Marx geben sollte. Ihre konkreten Reformvorschläge mußten deshalb unzulänglich bleiben. So schlug etwa Adam Müller die Errichtung von Sparbanken für Arbeiter vor, um diesen allmählich zu einer eigenen wirtschaftlichen Existenz zu verhelfen. Solche Sparkassen wurden dann auch tatsächlich errichtet. Aber die Hoffnungen, die Müller in diese Institution setzte, beruhten doch auf einer großen Illusion über die Akkumulationsfähigkeit des Lohnes in damaliger Zeit, der ein Hungerlohn war.

Die Verachtung der Denker der Romantik hat aber noch eine andere Wurzel. Diese Wurzel ist der moderne Glaube an die Geschichte als eine mit blinder Notwendigkeit ablaufende Automatik, die ihre Rechtfertigung in sich selbst trägt. So gehört es heute zu den verbreitetsten und zugleich nichtssagendsten Gemein-

plätzen, daß die Geschichte ein Rad sei, das sich nicht zurückdrehen lasse. Wer gegen den Lauf dieses Rades Einwendungen erhebt, der hat, so ist die Meinung, von vornherein Unrecht. Ihn nennt man einen Romantiker. Für die Christen kann jedoch gerade dies kein Einwand sein. Im Gegenteil: gerade durch ihren Einspruch gegen die blinde Automatik der Geschichte sind die Romantiker die ersten Vertreter einer christlichen Sozialreform.

Die herrschende Theorie der Gesellschaft und der Wirtschaft, der sich die Romantiker in ihrer Zeit gegenüber sahen, läßt sich ein wenig zugespitzt, aber durchaus angemessen so formulieren: die Wohlfahrt der Gesellschaft ist die automatische Folge davon, daß jeder sich möglichst asozial verhält, das heißt, möglichst schrankenlos — nur durch die Polizeigesetze beschränkt — seine individuellen Interessen verfolgt. Die Verwirklichung



Franz Baader

dieser liberal-individualistischen Theorie hatte nun tatsächlich einen Automatismus von unvorstellbarer Dynamik in Gang gesetzt. Die Aufhebung der gebundenen Wirtschaftsformen, des gebundenen Eigentumsbegriffs und der Zunftverfassung ließ das autonome Kapital in den Mittelpunkt des Wirtschaftens treten und führte zur industriellen Revolutionierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und zu einer ungeheuren Produktionsausweitung. Die durch die moderne Gesellschaft freigesetzte Automatik war nämlich keine andere als die Automatik der menschlichen Selbstsucht, die stärkste Triebkraft des menschlichen Handelns.

Die Romantiker glaubten nicht an das Heil dieser Triebkraft. Sie sahen die Gesellschaft als einen moralischen Organismus an, nicht als bloße Ansammlung von Individuen, die wie Atome in mechanischer Wechselwirkung stehen. Hauptvertreter der sogenannten organischen Staatslehre war Adam Müller. Wenn auch seine Kritik an der liberalen Gesellschaftsidee von bleibender Bedeutung ist, so verherrlicht sein eigener Entwurf doch zu sehr die feudale Ständeordnung des Mittelalters, als daß er unter so veränderten Bedingungen hätte fruchtbar werden können. Seine organische Staatslehre war im Gegenteil eher geeignet, als Arsenal für faschistische Ideologen zu dienen.

Von weit größerem Gewicht waren die Gedanken des bayrischen Bergbaufachmannes, Philosophen und Theologen Franz von Baader, des Freundes von Schelling, Hegel und Humboldt. Baader war einer der genialsten und vielseitigsten Köpfe der Romantik, ein nach allen Seiten hin anregender Geist und einer der wenigen, die den Versuch machten, eine Begegnung zwischen der idealistischen Philosophie der Zeit und der katholischen Theologie herbeizuführen. Auch Baader

ging in seinem sozial-theoretischen Denken aus von der Kritik am Individualismus der liberalen Gesellschaftsordnung.

Der *esprit d'amour et d'honneur*, der Geist der Liebe und der Ehre ist für Baader der Grund, auf dem eine christliche Gesellschaftsordnung aufgebaut ist und von dem ihre Institutionen bestimmt sein müssen. Den Geist der Liebe und der Ehre aber sieht Baader, wie die ganze Romantik, in einer ständigen Ordnung der Gesellschaft verwirklicht. Den Innungsgeist nennt er einmal das Lebensprinzip der Ehre selber. Ehre ist Standesehre, und wo die Idee der Standesehre schwindet, macht sie der niedrigen Triebfeder des Eigennutzes Platz. Das ständische Prinzip ist aber für Baader zugleich das Prinzip der Freiheit und der Stabilität der Gesellschaft. Wir würden dieses Prinzip heute allgemeiner als Subsidiaritätsprinzip, als Recht der kleinen Gemeinschaft und der Mittelinstanzen bezeichnen.

„Wenn die Aktion der obersten Macht unvermittelt auf das Individuum fällt, so wirkt sie notwendig erdrückend und despotisch auf dasselbe, nicht aber, wenn dieses Individuum dieselbe Aktion als Glied eines Standes oder einer Corporation somit ermittelt erfährt ... Ein Individuum kann nur unter der Idee seines Standes von der Regierung respektiert werden.“ Soweit Baader.

Mit der Auflösung einer echten gesellschaftlichen Gliederung vermag sich nur noch der Starke Respekt zu verschaffen. Die individualistische Auffassung der Gesellschaft und die kapitalistische Wirtschaftsordnung gehen vor allem, das hat Baader mit aller Schärfe gesehen, auf Kosten der Armen und Schwachen. Es ist immer wieder erschütternd, sich die Blindheit des europäischen Bürgertums im 19. Jahrhundert gegenüber dem grauenvollen Elend der Arbeiter zu vergegenwärtigen, das durch das rücksichtslose Tempo der Industrialisierung und den theoretisch noch verherrlichten Eigennutz der Besitzenden hervorgerufen wurde. Baader hat noch im Alter von 70 Jahren die Feder ergriffen und — 10 Jahre vor dem Erscheinen des kommunistischen Manifestes — die hellsichtige kleine Schrift verfaßt „Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletarier zu dem Vermögen der besitzenden Klassen der Sozietät in betreff ihres Auskommens sowohl in materieller als auch in intellektueller Hinsicht aus dem Standpunkt des Rechts betrachtet.“ — Baader stellt also die Arbeiterfrage nicht als Wohltätigkeitsfrage, sondern als Rechtsfrage. Der Arbeiter ist, so stellt er fest, aus der ehemaligen Hörigkeit in die Vogelfreiheit entlassen worden. Die freie Konkurrenz liefert ihn schutzlos der Ausbeutung durch die Fabrikherren aus, die keinerlei Verantwortung für ihn mehr zu tragen haben. Während in der alten Ständeverfassung der unterste Bürger doch durch seine Ständevertreter mitvertreten war, so war in der kapitalistischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts das Wahlrecht an die Steueraufkommen geknüpft und der Arme also gänzlich ohne gesetzliche Vertretung. Die Parlamente, so schreibt Baader, sind Verschwörungen der Besitzenden; von ihnen ist deshalb kein Heil zu erwarten. Das zeigt sich zum Beispiel in der Steuergesetzgebung. Durch die Umsatzsteuer werden die Staatslasten auf den Arbeiter abgewälzt, und dieser kann der Versteuerung nicht mehr ausweichen, da er seinen Lohn nur noch in Geld anstatt wie früher in Naturalien erhält.

Als dringlichstes fordert Baader für die Proletarier das Recht eines eigenen Zusammenschlusses und einer eigenen politischen Vertretung. Wenn er zugleich vorschlägt, diesen Arbeiterassoziationen Priester als Berater zur Verfügung zu stellen, so erhofft er sich davon einerseits eine lebhaftere Anteilnahme des Klerus an den Nöten des Volkes, andererseits eine neue Verbindung der Arbeiter mit der Religion, ohne die alle sozialen Maßnahmen vergeblich sein würden.

Eine wirkliche Wandlung und Humanisierung der Verhältnisse aber ist nach Baaders Überzeugung nur zu erreichen durch eine Wiederbelebung des christlichen Begriffes von der Gesellschaft und vom Eigentum. Das Christentum nämlich kennt nicht den modernen, heidnischen Begriff des schrankenlosen, sozial unbundenen Eigentums. Baader schreibt: „Wer nicht für die Sozietät lebt, der lebt gegen sie, und jeder Separatist ist ein Narr in der Theorie und ein Verbrecher in der Praxis. Der Christ kann nicht sagen, dieses Vermögen, dieses Recht, dieses Amt sind mein und ich kann mit dem meinen machen was ich will, weil sie in der Tat Gottes Gaben und Aufgaben sind, und er also damit nur machen darf, was Gott will, so daß in einem wahrhaft christlichen Volke jeder Besitz nur Amtsbesitz, jeder Genuß nur Amtsgenuß ist. Gott will, daß einer dem anderen behilflich sei und nicht bloß, wie man zu sagen pflegt, ihm nicht schade; als ob ein Glied eines Organismus dem andern nicht zu schaden anfinge, sowie es aufhörte, ihm zu dienen.“

Die rapide Verelendung der Arbeiter hat später Marx noch viel genauer als Baader analysiert. Er betrachtet diesen Prozeß, genau wie die bürgerlichen Ideologen, als automatischen Gang der Geschichte. Die Triebfeder dieser Automatik ist aber die Selbstsucht, deren Überwindung das Christentum lehrt. Marx hat den christlichen Geist der Liebe nur als heuchlerische Verbrämung der Selbstsucht zu sehen vermocht. Er hat deshalb die Brutalisierung der Verhältnisse begrüßt, weil durch sie jene Empörung erzeugt werde, die dann eine bessere Zukunft herbeiführen würde. Wiederum ähnlich den bürgerlichen Ideologen glaubte er, daß der Mechanismus der Selbstsucht in Druck und Gegendruck — Marx sagt im Klassenkampf — das Heil und die Liebe aus sich erzeugen werde. Die Masse der bürgerlichen Christen seiner Zeit hat den Proletariern keine andere als diese utopische und sinnlose Hoffnung gelassen. Aber es ist das Verdienst von Männern wie Baader, daß sie dem heidnischen Schicksalsglauben der modernen Welt widerstanden und an der Idee einer christlichen Gesellschaft festgehalten haben. Sie hielten damit zugleich fest an der Idee der Freiheit und, wie es im Titel der Schrift Baaders heißt „am Standpunkt des Rechts“. Freiheit und Recht nämlich sind nie automatisches Resultat einer Entwicklung. Daß sich die Romantiker dabei zunächst allzusehr an der Vergangenheit orientierten — wer will es ihnen verdenken angesichts der Unmenschlichkeit der Realität, die sie vor Augen hatten. Als Christen war es Männern wie Baader nicht möglich, die verhungerten Kinder vor ihren Augen als Mittel auf dem Wege zu einer besseren Zukunft zu rechtfertigen.

Wer gibt uns denn heute das Recht, das Elend dieser Kinder und ihrer Eltern als notwendige Opfer für unser heutiges wirtschaftliches Wohlergehen nachträglich dankend anzunehmen? Wir müssen den Romantikern, einem christlichen Parlamentarier wie dem Freiherrn von Buß recht geben, wenn sie versuchten, das mörderische Tempo der Industrialisierung zu bremsen, auch wenn wir bei langsameren Tempo heute noch nicht alle eine Lambretta haben könnten. Wir hätten dann dafür auch keinen Sowjetstaat als Nachbarn, denn dieser ist das Resultat der Verzweiflung der Proletarier im 19. Jahrhundert, von der Marx das Heil erwartete. Die Automatik des Hasses hat sich durchgesetzt, aber sie hat weder das Heil noch die Liebe geboren. Das Nein gegen diese scheinbare Automatik der Geschichte ist das bleibende und geschichtsträchtige Erbe der christlich-sozialen Denker der Romantik.

Alte Klassenkampftheorie - neu aufgelegt

Restauration gegen Restauration

Viktor Agartz und seine Programmatik

In seinem programmatischen Vortrag über Wirtschafts- und Steuerpolitik auf dem 3. Bundeskongreß des DGB ist Dr. Viktor Agartz mit schweren Geschützen aufgefahren. Er richtete sie nicht nur gegen unsere gegenwärtige Wirtschafts- und Steuerpolitik, sondern auch gegen unsere staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen. Und wenn man im Bilde bleiben darf: das von ihm nach allen Seiten eröffnete Feuer war vernichtend. So gut wie nichts unseres öffentlichen Lebens und seiner Einrichtungen blieb verschont. Sein Referat war eine umfassende Kampfansage an alles, was nach 1948 in der Bundesrepublik auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet geschehen ist. Der starke Beifall, der dem Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB in Köln von der großen Mehrheit der Delegierten gezollt wurde, zeugt dafür, wie tief die Unzufriedenheit ist, mit der gewisse Kreise und Schichten unseres Volkes gegenüber den heutigen Zuständen in Wirtschaft und Staat erfüllt sind.

Vorweg sei gesagt: das Referat war gut aufgebaut. Seine Konzeption ist durchdacht und in sich ohne Widersprüche. Niemand kann dem Referenten vorwerfen, daß er nicht wüßte, was er will. Seine Gedankengänge waren klar und gezielt und konnten ihre Wirkung — unterstützt von einer guten rednerischen Begabung — nicht verfehlen.

Nun müßte man an und für sich im allgemeinen Wirrwarr der Meinungen einem Geiste dankbar sein, der einerseits einen ausgeprägten Sinn für die Schwächen und Mängel unserer wirtschaftlichen und demokratischen Systeme hat und andererseits wohl auch eine exakte Vorstellung von den Prinzipien, auf denen er Staat und Wirtschaft neu errichtet wissen möchte. Und doch hat die Rede von Agartz in uns ein ungutes Gefühl hinterlassen. Die Gründe dafür sollen im Folgenden untersucht werden.

Eine zentrale Frage scheint uns zu sein, ob Agartz echte Kritik geübt hat, ohne die eine demokratische Gesellschafts- und Staatsordnung nicht existieren kann? Diese Frage muß von uns insofern verneint werden, als es ja zum Wesen solcher Kritik gehört, daß der Opponierende durch seine Kritik die vorhandenen Ordnungen mitgestalten und verbessern hilft. Von dem Willen zu einer solchen konstruktiven Mitgestaltung ist jedoch bei Viktor Agartz, wenn wir ihn recht verstehen, wenig zu spüren. Viel mehr bringt er unverhohlen zum Ausdruck, daß er mit dem Bestehenden so gut wie reinen Tisch zu machen gedenkt, um es durch etwas prinzipiell Neues zu ersetzen. So bezieht er im Grunde genommen eine Position außerhalb der bestehenden Ordnung. Man kann darüber streiten, ob das nicht sein gutes Recht ist; wesentlich ist nur, daß es gesehen wird. Agartz wird es nicht an Argumenten fehlen, dieser Feststellung zu begegnen. Auch ich, so wird er sagen, bin für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde; sogar für mehr Demokratie, mehr Menschenwürde als wir heute haben. Aber diese Begriffe sind z. Zt. dermaßen verwaschen, daß nicht weniger als alle Lager bis hin zum Totalismus aller Schattierungen ungehemmten Gebrauch davon machen

können. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist, daß er von der Notwendigkeit überzeugt ist, Staat und Wirtschaft auf völlig neue Fundamente zu stellen. Damit kann seine Haltung nur als revolutionär bezeichnet werden.

Agartz ist Wirtschaftsexperte, und als solcher setzt er sich vor allem mit unserer Wirtschaftspolitik auseinander. Er hält sie für „völlig planlos“, für „ein System zur Gewinnerzielung“, wobei „es völlig gleichgültig ist, in welcher Weise ein Gewinn erzielt wird“. Ein Gegner von der Marktwirtschaft sei er nicht, weil man schließlich nicht ein Gegner von etwas sein könne, was es gar nicht gibt. Mit anderen Worten: Marktwirtschaft ist für ihn eine bloße Etikette, eine Ideologie, hinter der sich der extreme Eigennutz der Kapitalisten zu verbergen sucht. Marktwirtschaft ist in seinen Augen reine Restauration und Reaktion, Rückkehr zum Liberalismus, zum laissez faire des 19. Jahrhunderts; sie ist auf Ausbeutung, auf Zwangsenteignung gerichtet. Die lenkende Funktion des Preises und des Marktes ist eine Fiktion, eine Unterstellung, für die in der Wirklichkeit keine sachliche Rechtfertigung vorhanden sei. Nicht weniger als 70 Prozent aller Preise seien gebunden, anders ausgedrückt: willkürlich festgesetzt, und wo bleibt da eine sogenannte freie Marktwirtschaft? Für Agartz ist unsere Wirtschaftspolitik pure Anarchie auf Kosten der breiten Masse der arbeitenden Menschen. Wenn er dann noch von der „absoluten Identität von Staat und Wirtschaft“ spricht, heißt das nichts anderes, als daß es die kapitalistischen Zwangsenteigner verstanden haben, sich zu den Inhabern der Staatsgewalt zu machen, womit sie ihre Tyrannis noch beträchtlich verstärken konnten. Die nicht abzustreitenden Erfolge der Marktwirtschaft führt Agartz vor allem auf exogene, also äußere günstige Ursachen zurück: Die Stabilisierung des Geldwertes, bessere Kohlenversorgung, gute Ernten, günstige Einfuhrentwicklung durch amerikanische Hilfeleistungen. „Die sogenannten ‚Leistungen der freien Marktwirtschaft‘ sind überwiegend auf eine Verbesserung der ökonomischen Voraussetzungen zurückzuführen.“ Auf die Frage, inwieweit umgekehrt die „ökonomischen Voraussetzungen“ durch die Leistungen der freien Marktwirtschaft verbessert wurden, geht Agartz konsequenterweise nicht ein, weil dieser ursächliche Zusammenhang nicht in sein Konzept paßt, bzw. für ihn praktisch nicht existiert.

Es ließe sich viel zu Agartz' Kritik an der Marktwirtschaft oder besser, da es ja diese nach ihm überhaupt nicht gibt, zu dem sagen, was sich heute seinem Auge als blind waltender, chaotischer Prozeß der Anhäufung des Kapitals bietet. Selbstverständlich hat er recht, daß die Lenkungsfunktion des Preises in einer hochindustrialisierten Wirtschaft von manchen Dogmatikern weit überschätzt wird. Natürlich gibt es zahllose gebundene Preissparten bis hinunter zum Verbraucherpreis. Natürlich gibt es eine kaum zu übersehende Zahl von Absprachen mit kollektivem Charakter auf der Produktions- und Verteilungsebene, die ein freies Spiel der Kräfte behindern oder gar lahmlegen. Ohne Frage existieren neben dem gewerkschaftlichen Kollektiv (und wir geben diesem Begriff hier nicht nur negative Vorzeichen) auf der einen Seite eine Unzahl von Kollektivabmachungen auf der anderen Seite, die alle das Modellbild der Marktwirtschaft verzerren. — Das Irritable und auch Gefährliche an der Polemik von Agartz ist, daß sie von Halbwahrheiten strotzt, die als solche zu erkennen bei der generellen Unbildung in volkswirtschaftlichen Fragen für die meisten unmöglich ist. Diese Halbwahrheiten werden als absolute Wahrheiten angeboten und in aller Harmlosigkeit auch als solche akzeptiert, was um so bereitwilliger geschieht, je mehr diese Halbwahrheiten die eigenen Interessen vertreten oder zu vertreten scheinen. Es würde den Rahmen dieser Betrachtung sprengen, im einzelnen auf das Wesen der Marktwirtschaft einzugehen. Jedoch muß wenigstens zu einigen Punkten

näher Stellung genommen werden. Wir stimmen mit Dr. Agartz darin überein, daß die Marktwirtschaft ein System der Gewinnerzielung sei. Aber — so fragen wir — ist unter heutigen Voraussetzungen überhaupt ein anderes System denkbar? Muß nicht jedes Wirtschaftssystem als zentralen Grundsatz das Prinzip der Gewinnerzielung einbauen, also auch eine nach gemeinschaftlichen Prinzipien aufgebaute Ordnung? Vor einiger Zeit wurde mit Recht in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ darauf hingewiesen, daß es von wenig Gemeinsinn zeuge, wenn ein gemeinnütziger Betrieb weniger scharf kalkuliere als ein privatwirtschaftlicher Betrieb, denn — so wurde richtig argumentiert — jeder eintretende Verlust würde über das Steuereinkommen von der Gemeinschaft getragen werden müssen. Und wäre es nicht eine unbillige Zumutung, Unrentabilität einfach auf die Schultern der Allgemeinheit abzuwälzen? Außerdem — wir alle sind uns darüber einig — muß die moderne Wirtschaft expansiv sein, nicht nur wegen der besseren Versorgung von heute, sondern besonders im Hinblick auf die Versorgung der rasch anwachsenden Bevölkerungsziffern von morgen. Aber expansiv kann ein Wirtschaftssystem nur sein, wenn das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag positiv ist, wenn also Gewinne erzielt werden, die für den Ausbau der Wirtschaft verwendet werden können. Auch ist die von Herrn Agartz so sehr propagierte expansive Lohnpolitik nur denkbar, wenn sie sich auf eine expansive Produktionspolitik stützen kann. Und gerade hier liegen doch, wenn wir recht sehen, die besonderen Leistungen der Marktwirtschaft. Man mag zu dem Gewinnprinzip stehen wie man will, eine auf Erweiterung der Wirtschaftskapazität gerichtete Politik ist ohne dieses Grundprinzip undenkbar. — Über die Verwendung dieser Gewinne läßt sich auch — und wir meinen besonders — in einer Marktwirtschaft sprechen! Hier liegt ein Aufgabenfeld für die freien Gewerkschaften.

Noch ein Wort zum Problem der gebundenen Preise. Zweifellos ist ihr Ausmaß beträchtlich. Ob 70 Prozent aller Preise gebunden sind, wie Agartz meint, oder ob es mehr oder weniger sind, ist eine Frage untergeordneten Ranges. Erstrangig dagegen ist die Frage, wie hoch der Prozentsatz der Preise ist, die man als Willkürpreise bezeichnen kann, bei denen das Machtelement das Marktelement praktisch ausgeschaltet hat. Diesen Willkürpreisen, die es auch noch gibt, deren prozentualer Anteil jedoch weit unter den vorerwähnten 70 Prozent liegt, den Kampf anzusagen, ist allerdings ein vollkommen legitimes Vorgehen, das auch im Einklang mit unserer jetzigen Wirtschaftspolitik steht und dem doch wohl u. a. auch die im Entstehen begriffene Antikartellgesetzgebung dienen soll. Wenn auch viele Preise gebunden sind, so heißt das noch längst nicht, daß sie auch willkürlich sind und keine Rücksicht auf Konkurrenzverhältnisse zu nehmen brauchen. Das wird sich um so mehr offenbaren, je mehr wir durch Normalisierung und nationale und internationale Liberalisierung der Märkte von einem Verkäufermarkt zu einem Käufermarkt kommen. Zu einer gesünderen Preisgestaltung wird auch die Konsumentendisziplin beizutragen haben, die bei uns noch vieles zu wünschen übrig läßt. Gewisse Preisbindungen werden sich auch in der idealsten Marktwirtschaft als Ordnungselement nicht vermeiden lassen. Wesentlich ist nur, aus welchen Motiven sie angewandt werden, ob aus reiner Profitsucht oder zur Vermeidung ruinöser Preiskämpfe.

Viktor Agartz lehnt Ideologien aller Art ab. Von seiner Ablehnung der „Ideologie der Marktwirtschaft“ war bereits die Rede. Ebensowenig genehm ist ihm die Ideologie des Miteigentums und die Ideologie der Gewinnbeteiligung. Beide deklariert er als Ersatzlehren, die nur als Beruhigungsmittel dienen sollen, um den wahren Ernst der sozialen Frage zu verschleiern. Wenn wir auch nicht in der Miteigentumsbildung der Belegschaften an den Produktionsmitteln ein All-

heilmittel zur Lösung der anstehenden Problematik sehen, wenn wir auch manchmal das Gefühl haben, daß um diese Experimente — aus dem experimentalen Stadium ist man auf diesem Gebiet noch nicht heraus — vielleicht etwas zuviel Lärm gemacht wird, so geht es einfach nicht an, alle Unternehmungen, die sich auf einzelbetrieblicher Ebene um eine echte Partnerschaft bemühen, negativ zu beurteilen, weil man darin nur Bemühungen sieht, die Solidarität der Arbeiterschaft zu untergraben, wie es Agartz tut. Wir wehren uns einfach gegen alle Kollektivurteile, die die sehr differenzierten Verhältnisse unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur in unerlaubter Weise simplifizieren. Wer für Menschenwürde eintritt, was immer etwas Individuelles ist, darf nicht gleichzeitig Kollektivdiskriminierungen vornehmen.

Dr. Agartz ist gegen Ideologien, aber auch ihm können wir die Feststellung nicht ersparen, daß er ein Ideologe ist. Die Forderung nach Vergesellschaftung des produktiven Kapitals beruht ebenso auf einer Ideologie wie die privatwirtschaftliche Konzeption. Es hört sich recht gut an, wenn gesagt wird, eine Verstaatlichung sei wohl nicht eine zweckvolle Lösung, sondern eher die Bildung von Selbstverwaltungsunternehmungen der Gesamtwirtschaft, die mit Eigenverantwortlichkeit arbeiten sollen. Im Grunde läuft das eine wie das andere auf dasselbe hinaus: wachsende Bürokratisierung, d. h. zunehmende Herrschaft der Verwaltungsapparate. Die Anonymität des Managements — wie der Referent die Wirtschaftsführung nennt — wird nur noch größer werden, als sie heute zum Teil bereits ist. Man kann sich ruhig unterhalten über Vergesellschaftung des Kapitals und seine Vor- und Nachteile, aber man soll sich vor der Annahme hüten, eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel genüge, um ihren Mißbrauch zu verhindern. Dafür liegen in unserer Epoche mehr entmutigende als ermutigende Beispiele vor. Vergesellschaftung braucht nicht mit Ausbeutung identisch zu sein. Indessen lassen sich auf die bisherigen Erfahrungen dafür, daß sie vor Ausbeutung schützt, keine großen Hoffnungen gründen.

Freiheit und Sicherheit stehen in einem verzweiferten Kampf miteinander. Wir geben uns keiner Illusion über ihr Kräfteverhältnis hin. Sobald in einer weniger günstigen Konjunkturperiode als jetzt größere Opfer für die Freiheit gebracht werden müssen, wird die Flucht in die Kollektive weiteren Auftrieb erhalten. Die Macht der Apparate wird sich ausdehnen, weil man von ihnen die ersehnte Sicherheit erwartet. Diese Erwartung ist ein Trugschluß. Wir sprechen das aus, wenn wir damit auch keine Popularität erwerben können. Die Wahrscheinlichkeit, durch Kollektive Sicherheit zu erlangen, ist sehr gering; dagegen ist die Gewißheit, daß sie uns unserer Freiheit berauben, sehr groß. Und dem Verlust der Freiheit folgt bekanntlich der Verlust der Sicherheit dicht auf dem Fuß.

Agartz sagt in seinem Referat, daß in unserer heutigen Zeit die rein materialistische Betrachtung vorherrsche. Das stimmt. Es stimmt jedoch nicht (was er offenbar stillschweigend voraussetzt), daß diese rein materialistische Betrachtungsweise nur ein Charakteristikum einer bestimmten Gesellschaftsschicht ist. Nein, diese Haltung geht quer durch die ganze Gesellschaft. Wenn wir an einen prinzipiellen Gesinnungsunterschied in den verschiedenen Klassen und Ständen unserer Gesellschaft glauben könnten, wenn der „Fetischismus des Besitzes“ nur die Angelegenheit einer besonderen Gruppe wäre, die man kaltstellen könnte, würden auch wir für einen grundsätzlichen Systemwechsel eintreten, sofern die anderen, die nicht vom Fetischismus des Besitzes Besessenen, der Überzeugung sind, ihr Ziel einer gerechteren irdischen Ordnung, auch im Materiellen, mit anderen organisatorischen Mitteln als den heutigen besser erreichen zu können.

Kein System wird uns jedoch Gewinn bringen, wenn es nicht von einer neuen Sittlichkeit des Denkens und Handelns getragen wird. Wenn wir uns nicht sehr irren, hat keine soziologische Gruppe unserer Gesellschaft darauf ein Patent. Wir dürfen wohl voraussetzen, daß ein so intelligenter Kopf wie Dr. Agartz das selber weiß, woraus die Schlußfolgerung zu ziehen wäre, ob es ihm nicht mehr um die Herbeiführung eines Machtkampfes geht, als um die Konsolidierung der sozialen Verhältnisse.

Wir haben den Verdacht, daß von Viktor Agartz nichts anderes als eine neue Klassenkampftheorie geboten wird, die die Lösung der sozialen Frage nur auf kollektivem Wege sieht. Wenn sich eine solche Anschauung in weiteren Kreisen durchsetzte, würde das bedeuten, daß sich die an vielen Stellen bereits sehr aufgelockerten Fronten zwischen den Sozialpartnern wieder gefährlich versteifen würden, was das erstrebte Ziel in eine weite Ferne verlagern würde.

Wir sind — wie gesagt — Dr. Agartz sehr dankbar für seine Offenheit und Konsequenz (gleichzeitig übrigens auch dankbar für ein Regierungssystem, das solche Offenheit immerhin ohne Zuchthaus zuläßt!). Innerhalb dieser seiner Konsequenz liegt es auch, wenn er das Mitbestimmungsrecht, soweit es heute schon gesetzlich verankert ist, nur als Brückenkopf ansieht für die Schaffung einer totalen Neuordnung. Nichts gegen Neuordnung, nichts gegen den Mut, mit dem gegen falsche Restauration vorgegangen wird, nichts gegen alle Bemühungen mit dem Ziele der Schaffung größerer sozialer Gerechtigkeit. Wir üben an der Agartzschen Programmatik auch deshalb Kritik, weil wir in ihr eine Interessenideologie erblicken, die ausschließlich für einen bestimmten Teil unseres gesellschaftlichen Gesamtgefüges eintritt. Mag dieser Teil auch eine noch so große Bedeutung haben, so darf er sich trotzdem nur als Organ eines Gesamtorganismus auffassen, dessen Funktionieren als Ganzes immer von übergeordneter Bedeutung sein wird. Wer möchte darüber streiten, ob Herz oder Lunge wichtiger für unseren Körper sind! Erst durch ihr Zusammenwirken — auch noch mit vielen anderen Organen — wird Leben erzeugt. Mit unserer menschlichen arbeitsteiligen Gesellschaft verhält es sich im Prinzip genau so. Und doch kommt es in ihr dauernd zu Rangstreitigkeiten, die ihr Gesamtleistungsvolumen beträchtlich einschränken. Jede Gruppe erhebt sozusagen Anspruch auf Dringlichkeitsstufe 1. Unser christliches Bewußtsein gebietet uns, sich nicht nur für einen Teil der Gesellschaft mitverantwortlich zu fühlen, sondern für die gesamte Gesellschaft, wobei wir der Überzeugung sind, daß diese Haltung auf längere Sicht auch den einzelnen Teilen am meisten einträgt.

Auf jeden Fall läßt sich eine bessere und dauerhafte Ordnung in der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mit dem Instrumentarium des klassenkämpferischen Marxismus realisieren. Wer das doch beabsichtigt, dient ebenfalls einer Restauration! Nachdem der organisierte Arbeiter nun gottlob aus dem Zustand der Proletarität heraus ist, gilt es jetzt, ihm sein Bewußtsein für seine Gesamtverantwortung zu stärken, ihn also zu einem aktiven Staatsbürger zu machen. Daneben soll und darf die weitere Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage nicht vernachlässigt werden.

Christian Klipstein

INGWER PAULSEN

Mitverantwortung und Lohngerechtigkeit bei V. A. Huber

Ein Beitrag zur Geschichte
der evangelischen Sozialpolitik (II. Teil)

„In jedem Betrieb arbeiten zwei Produktionsfaktoren: Kapital und Arbeit. Das Kapital kann nicht ohne die Arbeit, die Arbeit nicht ohne das Kapital existieren. Beide bilden eine Leistungsgemeinschaft, eine soziale und wirtschaftliche Einheit. ... Die Vernunft sagt uns, daß ein gedeihliches Zusammenleben in einer Gemeinschaft nur auf ethischer Grundlage möglich ist. Die christliche Ethik ... verlangt von uns Gerechtigkeit und Liebe ...

Die Duisburger Kupferhütte ist den Weg der Lohngerechtigkeit gegangen. Wir verstehen heute darunter nicht mehr wie in früherer Zeit, daß die Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsergebnis ein Akt patriarchalischen Wohlwollens sei. Wir geben dem Arbeitnehmer ebenso wie dem Kapital den Anspruch auf eine Beteiligung am Produktionsergebnis, aber in Form des Lohnes ... Den laufenden Lohnzahlungen an die Arbeitnehmer entspricht am Jahresende die Zahlung einer angemessenen Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals — der Lohnanteil des Kapitals. Verbleiben über diese Abschlagszahlungen an Kapital und Arbeit noch Ertragsteile, so dienen diese weiteren Zahlungen an beide Partner ...

Die Errechnung des Ertragslohnes des einzelnen Belegschaftsmitgliedes wird nach einem Leistungsschlüssel vorgenommen. Wir lehnen es ab, jeden Arbeiter in gleicher Höhe am Werksergebnis zu beteiligen. Jeder erhält das Seine nach seiner Leistung ... Das ersparte Geld der Gesamtbelegschaft wird dem Siedlungsbau des Werkes und damit dem Arbeiter unter günstigsten Verhältnissen zugeführt. Der Arbeiter erhält Eigentum durch sein Eigenheim. Wir wollen nicht Eigentum abschaffen, wir wollen im Gegenteil Eigentum schaffen ...

Es kann für die Partnerschaft nur von größtem Nutzen sein, wenn man dem Arbeiter zeigt, daß Gerechtigkeit nicht Worte sind, sondern daß die Taten ihnen folgen, und daß er sich selbst laufend durch seinen Vertreter davon überzeugen kann, daß er nicht um seinen Lohn gebracht wird. Hieraus erwächst die von uns durchgeführte Maßnahme der Mitbestimmung in allen Fragen des Betriebes in wirtschaftlicher, personeller und sozialer Hinsicht. Wir vermögen nicht einzusehen, warum irgendeine dieser Bestimmungen eingeschränkt werden sollte. Der Arbeiter ist Partner geworden und hat genau soviel an Verantwortung zu tragen wie sein Partner Kapital. Sein Risiko ist keineswegs kleiner, als man oft meint. Mehr als die Existenz kann ja ein Risiko nicht enthalten ...

Unsere Lohngerechtigkeit hat zwangsläufig zur Wandlung des Arbeiters vom Proletarier zum Mitunternehmer und zur Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit geführt ... Wir haben in unserem Werk den sozialen Frieden.¹²

Die Übereinstimmung mit Huber ist in der Sache begründet, wohl kaum in literarischer Abhängigkeit. Punkt für Punkt sind seine Forderungen verwirklicht

¹² Dr. Ernst Kuss: Frieden im Betrieb. Vortrag auf der Sozialtagung der Abendländischen Aktion in Königswinter, 10.—12. Oktober 1952. Sonderdruck.

worden — einschließlich der hier nicht berührten Fragen der Schaffung gesunder Arbeitereigenheime (ein Hauptanliegen Hubers!) und der „Verwandlung eigentumsloser Arbeiter in arbeitende Eigentümer“ (ein von Huber schon 1848 geprägtes Schlagwort). Das beweist zugleich, daß Huber nicht ins Blaue hinein geredet und theoretisiert hat, sondern daß seine Forderungen praktisch durchzuführen waren, wenn sie auch den Möglichkeiten seiner Zeit weit vorauseilten. Der oft erhobene Einwand, es handele sich bei der Duisburger Kupferhütte um einen Monopolbetrieb mit besonders günstigen Wirtschaftsbedingungen, dürfte aufs Ganze gesehen nicht stichhaltig sein.

Bildet so die Betriebsverfassung der Duisburger Kupferhütte — nur ein Beispiel für viele ähnlich gerichtete Versuche — eine späte Rechtfertigung Hubers, so ist noch darauf hinzuweisen, daß Huber über die Gewinnbeteiligung nicht immer so gedacht hat wie 1865. Er hat sie 1849 noch abgelehnt, und zwar mit demselben Argument, das seitdem immer wieder dagegen angeführt worden ist, daß nämlich auf einen Anteil am Betriebsergebnis (über den Lohn hinaus) nur Anspruch erheben könne, wer sich mit Kapital am Betriebe beteiligt¹³. Hier sind seine Anschauungen allmählich gereift; der Bewußtseinswandel, von dem er spricht, hat sich bei ihm selbst vollzogen.

Huber hat zwar bei seinen Reformvorschlägen seit 1844 vor allem die Industriearbeiterschaft im Auge. Aber er hat die Not der übrigen Schichten, hier besonders der Handwerker, dabei nicht außer acht gelassen, während Marxens theoretisch sondernder Intellekt (verbunden mit einem fanatischen Gerechtigkeitsgefühl und mancherlei Ressentiments) die Klasse der besitzlosen Proletarier isolierend heraus hob und ihnen die Rolle des Menschheitserlösers zuschrieb. Dafür war der Christ Huber zu nüchtern. So sehr er (schon 1857) das Klassenbewußtsein der arbeitenden Klassen begrüßte als „wünschenswertes Symptom organischen Bildungstriebes dieser atomisierten Massen“, so nachdrücklich wandte er sich gegen Übertreibungen. 1868 warf er der sozialdemokratischen Agitation vor, daß durch sie „das an sich so berechnete Selbstbewußtsein der Arbeiter als ‚Klasse‘ und in den Individuen bis zur lächerlichsten und abgeschmacktesten Karikatur gesteigert“ werde¹⁴. Aber er bemühte sich neben seiner Genossenschaftspropaganda doch auch um eine theoretische Erkenntnis der besonderen Lage der Arbeiterklasse. Dieser Weg ist hier nur anzudeuten. Er beginnt mit der Besprechung von Engels' Buch „Über die Lage der arbeitenden Klassen in England“ in der Zeitschrift „Janus“ (Berlin 1845), führt über die Polemik gegen Wilhelm Heinrich Riehl in den „Göttinger Gelehrten Anzeigen“ 1856 und den Beitrag „Arbeitende Klassen“ im Staatswörterbuch von Bluntschli und Brater 1857 bis zu den Schriften der 60er Jahre: „Die Arbeiter und ihre Ratgeber“ (gegen Lassalle, 1863), „Die genossenschaftliche Selbsthilfe der arbeitenden Klassen“, Elberfeld 1865, und gipfelt in der Schrift, der unsere Auszüge entnommen sind. Sie ist nicht nur seine radikalste^{14a}, sondern auch seine am meisten in die Zukunft weisende Schrift. Vielleicht ist sie überhaupt der Höhepunkt seines literarischen Schaffens. Huber war bis in sein Alter körperlich meist gesund, aber er erkrankte im Sommer 1866 sehr schwer unter den seelischen Einwirkungen des deutschen Bruderkrieges. Was er danach schrieb, ist durchweg auf einen düsteren, pessimistischen Ton gestimmt. Das liegt sicher an seinem Gesundheitszustand, aber auch daran, daß er angesichts des Fortschreitens der sozialdemokratischen Agitation den Boden für seine Reformvorschläge immer mehr schwinden sah. Er mußte erkennen, daß nicht der

¹³ Zeitschrift „Concordia“ S. 54, Mündling a.a.O. S. 823.

¹⁴ Paulsen a.a.O. S. 174.

^{14a} Paulsen a.a.O. S. 139.

soziale Friede, den er anstrebte, sondern der Klassenkampf die Losung der Zukunft sein würde. Das erklärt, weshalb er seine Erkenntnisse von 1865 nicht mehr weiter verfolgte.

Damit ist nun auch die Frage berührt, wie Huber sich die Verwirklichung seiner Vorschläge dachte. Um es gleich zu sagen: er konnte keinen Weg weisen, außer einer Durchführung im Einzelfall. Die Schrift „Über Arbeiterkoalitionen“ war an die Adresse des Staates gerichtet, „ein der Koalitionskommission nicht vorgelegtes Gutachten“. Huber war zur Teilnahme an einer Kommission aufgefordert worden, die über die Abschaffung der das Koalitionsrecht der Arbeiter einschränkenden Paragraphen der preußischen Gewerbeordnung beraten sollte. Er war durch Krankheit an der Teilnahme verhindert und veröffentlichte nachträglich sein Gutachten. Das war in dieser Richtung ein Stoß ins Leere. Es ist noch heute so, daß die gesetzliche Regelung nur einen weiten Rahmen zu schaffen vermag. Dafür sei auf die im Anfang abgedruckte Essener Erklärung hingewiesen sowie auf ihre Interpretation durch Karrenberg: „Ob es zu einem sozialen Frieden kommt, ist letztlich nicht Sache des Institutionellen... Man kann durch gesetzliche Vorschriften ein Tor aufstoßen, hinter dem „die eigentliche Aufgabe“ und die eigentliche Arbeit anfängt. Aber man sollte vom Institutionellen auch nicht zuviel erwarten. Sonst stellt man nach christlichem und biblischem Verständnis die Dinge genau auf den Kopf... Wie die ganze Sache sich bewährt, wird schon wesentlich abhängen von der mehr oder minder vorhandenen oder fehlenden Sachkunde, dem Weitblick, der Großzügigkeit oder Kleinlichkeit, von dem Grad der Betriebsverbundenheit, von der Stetigkeit der Betriebsvertretung und — und! — von dem Friedenswillen der Beteiligten selbst.“¹⁵ Das galt im Jahre 1865 natürlich noch viel mehr als heute.

Bleibt der andere Weg, der Weg des Klassenkampfes. Bleibt er wirklich? Man hat es Huber seit 90 Jahren vorgeworfen, daß er ihn nicht gegangen ist. Lassalle bezeichnete im Jahre 1863 Hubers Gedanken als „dummes Larifari, das darauf hinausläuft, daß er den revolutionären Weg nicht will.“¹⁶ Und der sowjetzonale Historiker Walter Bredendiek tadelt 1953, daß kein Christlich-Sozialer (also auch Huber nicht) bereit gewesen sei, „die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung revolutionär zu überwinden“¹⁷. Huber hat gegen die „herrschenden Klassen“ oft sehr scharfe Worte gefunden, nicht nur gegen die kapitalistische Unternehmerschicht, sondern auch gegen den preußischen Grundbesitzeradel. Eine von seinem Biographen R. Elvers abgedruckte Briefstelle von 1849 ist immer wieder zitiert worden¹⁸: „Nein — diese Aristokratie hat noch nichts gelernt und muß mit Skorpionen gepeitscht und im Mörser zerstampft werden, ehe sie lernt, was Pflicht, Ehre, Vorteil, Existenz von ihr fordert —, daß sie sich eine Stellung im Volk, einen lebendigen Grund und Boden und Einfluß durch schöpferische Taten verschaffte, der höheren und allgemeineren Motive gar nicht zu gedenken. Almosen — darüber kommen sie nicht heraus...“ Also — warum ist er nicht den Weg gegangen zu denen, die den „Mörser“ und die „Skorpione“ einmal handhaben würden? Sind diese scharfen Worte nur unverbindliche Deklamationen?

Darauf ist zweierlei zu antworten. Huber ist 1800 geboren. Mit annähernd 50 und gar mit 65 Jahren wird ein Mann sehr selten Revolutionär, wenn er es nicht schon früher war. Sein Schicksal, unverstanden zu bleiben, unzeitgemäße Parolen auszugeben, läge also in seiner Generation.

¹⁵ F. Karrenberg: Mitbestimmung in der Wirtschaft, Stuttgart 1953, S. 22. Vgl. auch Karrenberg: Versuchung und Verantwortung in der Wirtschaft, S. 31.

¹⁶ L. an O. Dammer. Archiv f. Geschichte des Sozialismus, Bd. 2, 1912, S. 408. Paulsen a.a.O. S. 176.

¹⁷ W. Bredendiek: Christliche Sozialreformer des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1953, S. 428.

¹⁸ R. Elvers: V. A. Huber, Bd. II, S. 263, Bremen 1874. Paulsen a.a.O. S. 73, Bredendiek a.a.O. S. 83 ff. u. a.

Aber diese Erklärung bleibt an der Oberfläche. Huber hat selbst Antworten gegeben, die tiefer dringen. Er war davon überzeugt, „daß bessere Zustände nicht durch eine gewaltsame Umstürzung und gänzlichen Neubau auf der tabula rasa der Revolution, sei es von oben oder von unten, sondern durch organische Entwicklung der noch vorhandenen gesunden, lebensfähigen Wurzeln und Keime herbeizuführen sind“¹⁹. Das ist noch einmal der aus der Romantik stammende organische Volksgedanke, von dem Huber ursprünglich ausgegangen war, im Gegensatz zu einer rationalistisch-mechanistischen Betrachtungsweise. Er bekennt sich am Ende seines Lebens ausdrücklich dazu.

Huber sah deshalb auch „ein bedenkliches Warnungszeichen“ in dem „immanenten Streben“ der arbeitenden Klasse, „das bekannte Frage- und Antwortspiel des Abbé Sieyès aufzunehmen, sich als das ‚Nichts‘ zu empfinden, das ‚Alles‘ werden will“²⁰. Nach dem eben Ausgeführten ist die Ablehnung des Klassenstaates selbstverständlich.

Daher fürchtet er auch das Chaos eines gewaltsamen Umsturzes... Er schrieb im März 1864 an Lassalle: „Der Most der Zeit ist im Ganzen genommen gar nicht übel — und der Wein kann ganz trinkbar werden —, aber die Gärung muß in dem Maße heftig sein, wie viele Hefen auszustoßen sind, und da gilt es zunächst, das Faß zusammenzuhalten, daß das Getränk nicht in die Gosse oder (den) Mist oder in des Nachbarn Keller laufe. Das kann bei uns nur die Monarchie.“²¹ Die Monarchie der Hohenzollern als ordnende Macht auch im sozialen Leben — man versteht diesen Gedanken nur, wenn man berücksichtigt, daß sein ganzes Streben auf dem rein politischen Gebiet darum ging, dem Monarchen eine Stellung zu wahren, die ihn über die Gegensätze der Parteien und Klassen hinaushob. Daher sein erbitterter Kampf gegen die konservative Partei Preußens, der er nicht ohne Grund vorwarf, sie beteilige sich am parlamentarischen Leben nur, um das Königtum ihren Interessen dienstbar zu machen.

Vom Standpunkt des orthodoxen Marxismus aus gesehen sind das natürlich alles Illusionen und eine „echt lutherische“ Untertanengesinnung. Wer diesem Dogma frei gegenübersteht (und das gilt spätestens seit der Ziegenhainer Erklärung auch von der deutschen Sozialdemokratie), wird prüfen müssen, ob die Auffassung des Volkes als eines lebendigen Gefüges nicht der Wirklichkeit näher kommt, ob die Zweiklassentheorie der differenzierten Gesellschaft von heute gegenüber nicht allzu primitiv ist. Skeptischer wird man die Hoffnungen auf die Monarchie beurteilen. Bedenkt man, daß Hubers politische Gedanken in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. gereift sind, so wird man zuviel Idee und zu wenig Wirklichkeit darin finden. Immerhin hat auch Lassalle an das „soziale Königtum“ appelliert. Und Bismarck schrieb gerade damals sein „Der Staat kann!“ an den Rand jenes Berichts, in dem erklärt wurde, der Staat könne nicht einer einzelnen Schicht des Volkes auf Kosten anderer helfen. Aber diese ganze Problematik ist hier nicht aufzurollen.

Schließlich ist zu Hubers Ablehnung des revolutionären Klassenkampfes nur noch zu sagen, daß sein Ziel des sozialen Friedens überhaupt keine geeignete Kampfparole war. Es ist E. Thier recht zu geben, wenn er sagt, Huber habe die Möglichkeit eines sozialen Gesamtgefüges vorzeitig angesetzt, weil er die kapitalistische — man muß hinzufügen: auch die sozialistische — Dynamik unter-

¹⁹ Munding S. 724 (1868).

²⁰ Ebenda S. 527 ff. (1869).

²¹ F. Lassalles nachgelassene Briefe und Schriften, hrsg. von G. Mayer, 5. Band, Stuttgart-Berlin 1925, S. 291. Paulsen a.a.O. S. 177.

schätzte²². Das ist freilich ex eventu geurteilt. Aber der Marxismus ist nun einmal das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung geworden. Und die sozialen Kämpfe dreier Generationen haben erst die Atmosphäre geschaffen, welche die Versuche zu sozialer Befriedigung möglich gemacht hat.

Wir mühen uns als evangelische Christen — in Praxis und Wissenschaft — um diesen sozialen Frieden, um die gerechte Sozialordnung, um die christlich verstandene Würde des Menschen in der Welt der Technik. Wir stellen dabei im Rückblick auf die Vergangenheit so oft ein schmerzliches Versagen fest. Selbst Wicherns Biograph Martin Gerhardt bedauert, daß Wichern nach seiner Wittenberger Rede 1848 nicht „aus der von ihm klar erhobenen Forderung der Gerechtigkeit alle Konsequenzen zog. Jetzt hätte er ein soziales Programm aufstellen sollen. Gerechter Lohn, gerechte Beteiligung am Gewinn, gerechter Schutz vor Ausbeutung durch die Unternehmer, gerechte Fürsorge für Wohnung, Lebensunterhalt, Krankheit und Alter, das waren die Hauptpunkte, für welche die Innere Mission jetzt hätte öffentlich eintreten müssen. Das alles hätte geschehen können, ohne daß in unevangelischer Weise die Angelegenheiten des Reiches Gottes mit den Angelegenheiten der Welt verquickt wurden. Es handelte sich nur um die Verwirklichung christlicher Gerechtigkeit und Liebe, die unabhängig war von jedem statutarischen Wirtschaftssystem oder Parteiprogramm. Aber diese einzigartige Stunde hat auch Wichern nicht auszunutzen gewußt. Wohl fehlte es ihm nicht an Einsicht in die Zusammenhänge zwischen sozialer und religiös-sittlicher Not des Volkes. Aber der Begriff des christlichen Sozialismus, in dem beides miteinander hätte verbunden werden sollen, schloß für ihn zu einseitig nur die Arbeit an den religiös-sittlichen Nöten des Proletariats in sich. Diese Aufgabe allein nahm er wirklich energisch in Angriff, weil sie ihm als die dringlichste erschien. Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen kamen darüber zu kurz. Hier erwartete Wichern zuviel vom Staat und von der Gesellschaft und mied zu ängstlich ein tapferes Anpacken dieser Probleme seitens der Inneren Mission.“²³

Was Wichern versäumte, was er nach dem ganzen Ansatz seiner Arbeit vielleicht gar nicht leisten konnte, hat Huber zu leisten versucht, ausgerüstet mit besseren volkswirtschaftlichen Kenntnissen und tiefer dringendem Blick für sachliche Notwendigkeiten und Möglichkeiten als der Theologe Wichern. Wie eng beide zusammengehören, wie nachdrücklich Huber zur „gestaltenden Liebe“ mahnte, über die „rettende Liebe“ der Inneren Mission hinaus, das hat namentlich E. Thier hervorgehoben²⁴. Gewiß hat auch Huber seine Grenzen gehabt, Grenzen seines Wirkens, seiner Erkenntnisse, seiner Fähigkeiten. Aber wir sollten uns viel mehr als bisher dankbar dessen bewußt werden, daß neben Wichern, Bodelschwingh, Stöcker, Naumann auch Huber einen bedeutenden Platz in unserer geistigen Ahnenreihe einnimmt.

²² a.a.O. S. 35.

²³ M. Gerhardt: J. H. Wichern, II, S. 91 ff., Hamburg 1928.

²⁴ a.a.O. S. 26 ff.

ewiges wort in aktueller form

Die kirchliche Presse im Blickfeld der Arbeitnehmerschaft

„Unsere kirchlichen Blätter kranken daran, daß sich ihrer Redakteure und Schriftleiter in häufigen Fällen eine regelrechte ‚Luftschutzpsychologie‘ bemächtigt hat. Das heißt, es wird nichts mehr geschrieben, was nicht annähernd hundertprozentig gesichert ist — von und durch die Theologie, die Kirche, die Kirchenleitung.“ Und: „Lassen Sie sich ruhig etwas einfallen!“ Diese wichtigen und wahren Sätze wurden während einer Tagung ausgesprochen, die in der Evangelischen Akademie in Tutzing am Starnberger See stattfand. Während des 6. Lehrgangs der Christlichen Presseakademie trafen sich kirchliche Schriftleiter zu einer Wochenendtagung unter dem Thema: „Die ungenutzte Chance der kirchlichen Presse in der Arbeiterschaft.“

Kritik der Jugend

Aus einigen württembergischen Großbetrieben waren Lehrlinge eingeladen worden, die in einem Rundgespräch mit Lehrgangsteilnehmern des Presselehrgangs ihre Meinung über die ihnen bekannte Kirchenpresse sagen sollten. Sie taten das, betont massiv — zu betont vielleicht —, aber berechtigt (die „Kirchenblätter“ sind furchtbar langweilig, um sie lesen zu können, müßte man ein biblisches Lexikon zur Hand haben, andere wieder wollen „in aggressiver Aktualität machen“, das ist verkrampft, das ist auch nichts). Im Grunde trafen jedoch diese Stimmen genau das, was Sinn und Ziel dieser Tagung sein sollte und auch wurde: So geht es nicht weiter! Auch kirchliche Presse ist eine Form der Verkündigung, hier muß angesetzt werden. Das ewige Wort in aktueller Form zu verkündigen, das gilt vornehmlich dem kirchlichen Pressemann.

Verkündigung durch Barmherzigkeit

In einer biblischen Betrachtung zum Hauptthema der Tagung zog Robert Geisendörfer, Pfarrer und verantwortlicher Leiter im Bayerischen Preßverband München, um den Komplex klare Grenzen. Die Betätigung der Kirche auf dem Gebiet der Presse ist immer Wortverkündigung. Im Grunde ist diese Verkündigung die einzige Aufgabe der kirchlichen Presse. Jede Nachricht, jeder Bericht, jeder Beitrag muß — und sei es nur durch Ausdruck und Formulierung — verkündigend wirken. Zum kirchlichen Redakteur gehört Barmherzigkeit, Barmherzigkeit im tiefen biblischen Sinne, niemals gleichzusetzen mit „Mitleid“. Eine Barmherzigkeit um der Botschaft willen, sich mit dem anderen an einen Tisch zu setzen, dem Arbeiter ein Arbeiter zu werden, dem Intellektuellen ein Intellektueller, dem Kind ein Kind. Von da aus ist eine Entfaltung der kirchlich-journalistischen Möglichkeiten notwendig. Die Diskussion brachte zwei Dinge zutage: Kirchliche Presse darf nicht Scheuklappenjournalismus sein. Wo es angeraten erscheint, soll die kirchliche Presse Stellung nehmen, soll sie informieren, soll sie spritzig sein — will sie „ankommen“, will sie gelesen werden. Auch dem kirchlichen Redakteur sind alle journalistischen Möglichkeiten offen, er soll sich ruhig etwas einfallen lassen. Zum Journalismus gehört Phantasie! Pfarrer und Chefredakteur Eberhard

Stammler, Stuttgart, führte in seinem Referat „Die Schriftsprache der Kirche und der moderne Zeitungsleser“ einen Schritt weiter. Über die Barmherzigkeit hinaus gilt es Liebe zu üben. So absurd es im ersten Moment klingt: der Redakteur muß seine Leser lieben, wie es Christus der Kirche aufgetragen hat. Jemand lieben heißt ihn verstehen, ihn in seiner Eigenart ansprechen können. Kirchliche Presse so gestaltet ist wahre Verkündigung.

Theologie um der Theologie willen

Jedes Fachgebiet hat seine eigene Sprache. Ein medizinisches Fachbuch wird sprachlich anders aussehen als eine technische Fachzeitschrift. Die theologische Fachsprache ist als solche zu respektieren. Sobald sie aber Eingang in die Kirchenzeitungen und Gemeindeblätter findet, stellt sie eine große Gefahr dar. In Tutzing kam immer wieder zum Ausdruck, unsere kirchliche Presse sei zu theologisch, in der Sprache und im Thema. Das bewies das bereits erwähnte Rundgespräch mit Industriehrlingen, das bezeugten in unvoreingenommener Selbstkritik die anwesenden Presseleute, das hören die kirchlichen Schriftleiter immer und immer wieder aus den Kreisen der Leserschaft. Hier wird oft Theologie um ihrer selbst willen zum Gegenstand des Gespräches gemacht. Wissenschaftliche Disputationen gehören in die Fachpresse. Sie erschweren dem Leser nicht nur das Verständnis, sie lassen ihn auch fragen: ist eine kirchliche Publikation nur dazu da, um den Schriftleiter und Redakteur den Beweis seines wissenschaftlich-theologischen Könnens und Wissens antreten zu lassen? In den Referaten und Diskussionen fiel manch hartes Wort über die sogenannte „Sprache Kanaans“. Dekan D. *Langenlaß*, Vorsitzender des Gemeinschaftswerkes der evangelischen Presse, nannte diese Sprache für den „kirchlichen Normalleser“ unverständlich, unbegreiflich.

Sprache und Umwelt des Arbeiters von heute

Um vorzubeugen, daß sich die Referate und Diskussionen nicht ins Uferlose verlären, stand eine Gruppe der Leserschaft, der Arbeitnehmer, im Vordergrund des Gesprächs. Arbeiterpfarrer Jörg Simpfendörfer aus Bad Boll rundete das Gespräch ab mit einem scharf gezeichneten Bild eben dieser Gruppe der Arbeitnehmer. Es sei erwiesen, daß gerade der Arbeiter — die Industriehrlinge hatten den gültigen Beweis erbracht — mit besonderer Skepsis der kirchlichen Arbeit gegenüberstehe. Um ihn in seinem Wesen ansprechen zu können, müsse der kirchliche Redakteur dieses Wesen kennen. Die Umwelt des Arbeiters erscheint nach der Sicht Simpfendörfers in vier Lebensbezirken, die sein Wesen prägen: Der vorberufliche und Feierabendbezirk, der Arbeitsweg, die Arbeitsstätte und der politisch-gewerkschaftliche Lebensbereich.

Obwohl Pfarrer Simpfendörfer zugab, daß in bestimmten Industriezweigen Arbeitnehmer Spitzenlöhne verdienen, warnte er doch entschieden vor einer Verallgemeinerung. Gerade die Schicht der Intellektuellen zieht oft diese Spitzenlöhne zum Vergleich mit der Bezahlung geistiger Arbeit heran. Wenn Vergleiche überhaupt möglich seien, dann nur Spitzen- oder Mindesteinnahmen hier gegen Spitzen- und Mindesteinnahmen dort. In der Regel bewege sich der Lebensstandard des Arbeitnehmers jedoch in einem festen Status, der ihm kaum Möglichkeiten zu freier Entfaltung lasse. In den vorberuflichen und Feierabendbezirk falle also die häufig anzutreffende Wohnungsnot, die Notwendigkeit des Mitverdienens der Kinder, aber auch das „Kollektiv der Straße, des Wohnblocks“ als Positivum. Simpfendörfer bezeichnete so das in der Arbeitnehmerschaft viel stärker wirkende Zusammengehörigkeitsgefühl im Haus, im Block, in der Straße.

Die Familie erweiterte ihren Bereich über die eigene Wohnung hinaus auf andere Familien und Wohngemeinschaften. Der Referent hielt es für möglich, daß auch gerade dieses Kollektivgefühl ein Moment des Klassenbewußtseins ist. Die von vielen Menschen aus Unkenntnis belachten Kegel-, Gesang-, Sport- und sonstigen Vereine böten einem großen Teil der Arbeitnehmerschaft Möglichkeiten der geistigen Betätigung in der Besetzung von Vorständen, Kassiererposten usw. Arbeiterpfarrer Simpfendörfer betonte, daß hier wirklich etwas Echtes zu finden sei, daß hier der Arbeitnehmer das Gefühl der gesellschaftlichen Unsicherheit verliere, daß hier mehr für den Menschen getan werde, als weithin bekannt sei.

Ein Schattendasein führe in der Umwelt des Arbeitnehmers der Weg zur und von der Arbeit. Dieser Weg sei ein Zwischenstadium zwischen Familie und Arbeitsstätte. Für eine oder zwei Stunden am Tage fühle sich der Arbeiter herausgehoben aus seiner ihn gewöhnlich umgebenden Atmosphäre, er unterhalte sich mit anderen Menschen, von denen er sich nach Beendigung der Fahrt trenne. Er entscheide aber gerade in dieser Zeit über wichtige Dinge seines Lebens. Diese Halbanonymität bringe für ihn die Gefahr mit sich, aus dem Gefühl des Herausgehobenseins Entschlüsse zu fassen, die — in die gewohnte Atmosphäre umgesetzt — oft negative Wirkungen auslösten. So ist Pfarrer Simpfendörfer der Ansicht, daß vor allem familiäre Dinge, wie Ehenöte, Schwierigkeiten mit den Kindern, zu Gesprächen führten, die gerade in diesem Zustand des „Zwischen-den-Dingen-Stehens“ schwerwiegende Entscheidungen (Scheidung, Heiratsverbot für die Kinder usw.) nach sich zögen.

Der augenscheinlichste Eindruck auf das Verständnis der Umwelt des Arbeitnehmers werde von der Spaltung seines Daseins in Wohnwelt und Arbeitswelt ausgelöst. Der Fabrikarbeiter, der Büroangestellte, der Mensch am Fließband jeder Art sei so von seiner Arbeit eingespannt, daß alles Interesse und alle Betätigung für diesen seinen Beruf gefordert werde. Es gebe kaum noch Handwerker, die mit ihrer Arbeit auch ihr Familienleben anreichern könnten. Die Familie des Fabrikarbeiters und des im Bürohaus eines Mammutbetriebes Arbeitenden seien einem Aufgabenschwund ausgesetzt. Der Entmenschlichung der Berufswelt entspreche in diesem Falle die Entsachlichung der Wohnwelt. Die Unsicherheit der Existenz des Arbeitnehmers (Kurzarbeit, Akkord, Entlassungen, die unvorhergesehen einsetzen) ziehe oft eine innere Unsicherheit nach sich. Die Skepsis der Arbeitnehmerschaft dem pekuniär gesicherten Pfarrerstand gegenüber rekrutiere sich vornehmlich aus diesem Gefühl der Ungleichheit. Man könne also nicht von einer Kirchenfeindschaft sprechen, wohl aber doch von starker Zurückhaltung aus gesellschaftlichen Gründen.

Eine starke Bindung halte den Arbeitnehmer, der mitdenkt, an die Gewerkschaft. Als seine ureigenste Interessenvertretung sei sie ihm glaubwürdig. Es gelte jedoch als erwiesen, daß vor allem der denkende Arbeitnehmer gewerkschaftlich tätig ist.

Kirchliche Presse und Sprache des Arbeitnehmers

Einleitend wurde von der Barmherzigkeit dem kirchlichen Leser gegenüber gesprochen. Diese Barmherzigkeit und Liebe besteht im Verständnis des anderen, in dem Bestreben, dem anderen ein Ebenbürtiger zu sein. Pfarrer Simpfendörfer wies auf das Bestreben des Arbeitnehmers hin, dem nach gesellschaftlichen Regeln über ihm Stehenden ebenbürtig zu sein. Es ist deshalb überaus wichtig, daß der Schriftleiter die Abneigung des Arbeitnehmers gegen das Abstrakte kennt. Er schreibt wie er denkt und spricht, und er will lesen wie er selbst schreiben würde. Dem Arbeiter ein Arbeiter werden, das wurde hier zur Forderung. Die Verpflich-

tung zur ethischen Sauberkeit jedes kirchlichen Organs entsteht nach Auffassung Simpfendörfers aus der Abhängigkeit des Arbeitnehmers dem gedruckten Wort gegenüber. Man kann das weiter ausdehnen auf die Mehrzahl der Volksschichten. Vom gedruckten Wort geht eine magische Kraft aus. Jeder Schriftleiter, der mit dem Wort umzugehen versteht, kann somit eine gefährliche Macht ausüben. Daß es trotz dieser magischen Wirkung des Wortes an sich die kirchliche Presse weit- hin nicht versteht, den Leser wirklich anzusprechen, bezeugt ihre eigentliche Schwäche. Wie schwach sie ist, beweist eben gerade die Skepsis der Arbeitnehmerschaft, die — wie oben schon gesagt — dem gedruckten Wort eine außerordentliche Aufgeschlossenheit entgegenbringt.

Neue Wege der kirchlichen Presse

Wenn manches Gespräch in Tutzing auch nur wenig über eine theoretische Disputation hinauskam, so wies die Tagung doch neue Wege, die beschritten werden können. Die kirchliche Presse muß in die Hände von Könnern gelegt werden. Von einem kirchlichen Journalisten muß in Zukunft verlangt werden, daß er nicht nur über eine gute theologische Vorbildung verfügt, sondern daß er in noch stärkerem Maße Journalist ist. Wenn bei einer Atombombenexplosion Menschen in Gefahr kommen, wenn im modernen Arbeitsprozeß Menschen zu Maschinen gestempelt werden, wenn die Prostitution in den Großstädten zunimmt — dann sollte die kirchliche Presse nicht mit Bibelversen kommentieren, sondern auf dem Boden des Evangeliums in verständlicher Sprache und mit journalistischem Können das Wort der Kirche dazu sagen.

Günther Windschild

Solange in dem Satz „Auch die kirchliche Presse ist Presse“ die Betonung nicht auf dem „kirchlich“, sondern auf dem „auch“ liegt, wird es schwer sein, ihr zu der Geltung in der Öffentlichkeit zu verhelfen, die ihr um ihres Auftrages willen sicher sein sollte.

DAS WORT

Vernünftiger Gottesdienst

Müssen wir wirklich erst zum Opfer der Leiber ermahnt werden? Wir verzehren uns ohnehin in Arbeitsrausch und Betriebsamkeit. Im Kriegsgefangenenlager in Rußland stand an jeder Wand unserer Erdbunker: „Nur Erfüllung und Übererfüllung der Norm führen in die Freiheit.“ Das hat in der Praxis nur allzuvielen in den Tod geführt. Was da von außen an uns herantrat und gerade deshalb so schwer zu ertragen war, weil die menschliche Einkleidung der Mahnung „Ihr sollt ja frei sein!“ in krassem Widerspruch stand zur Praxis des Antreibersystems, ist inzwischen als innerer unbehobener Widerspruch in der Freiheit neu erfahren worden. Es wird heutzutage nicht so ganz selten geradezu als Versäumnis empfunden, wenn der Terminkalender leere Stellen aufweist. Die Sonntagsarbeit wird doch ohne Zweifel über das Maß des technisch und wirtschaftlich Sachnotwendigen hinweg geboten, erlaubt und gesucht, weil es kaum zu ertragen ist, wenn das aus sich selbst rollende Rad der Leistung plötzlich leer zu laufen scheint. Das Ende ist mehr und mehr eine Kreislaufstörung oder die vorzeitige Invalidität. Ob nun die Ursachen hierzu im „System“ liegen — aber das System wird von Menschen gebaut — oder ob sie in uns selbst liegen: das unbarmherzig verlangte und vollzogene Opfer zielt hin in den Tod.

Die Barmherzigkeit Gottes gebietet dem Apostel wiederum, das Opfer der Leiber zu verlangen. Von diesem Opfer aber wird ausgesagt, daß es lebendig macht. Die an keine Dienstzeit zu bindende gerade auch zur Unzeit notwendige Hingabe des Arztes führt über die Krise in der Krankheit hinaus. Nur der Mitvollzug der Lebenskrise des Nächsten, das Mit-ihm-leiden führt über die zerstörende Spannung in der Ehe, im Beruf hinaus. Wir verlangen vom Christen im Betrieb nicht mehr Eifer, Willigkeit und Einsatztreue, als das Glied der kommunistischen Betriebszelle unter Beweis stellt. Wird dort aber der Zwist vermehrt, der Unfrieden gefördert und mit all dem der Tod beschworen, so geht es hier um die Stiftung des neuen Friedens. Soll das kein fauler Frieden sein, so verlangt er opfervollste Hingabe, auch wenn er sich zuletzt äußerlich darstellt als fruchtbarer Kompromiß. Das Entscheidende ist, daß das Opfer der eigenen Zeit und Kraft,

des eigenen Herzens dem anderen zu volleren und erfüllterem Leben verhilft. Alle diese so leicht vermehrbaren Beispiele weisen auf ein einmaliges hin, von dem her sie ihren Sinn erhalten. Jesus Christus trug unsere Schuld ans Kreuz, starb für uns, auf daß wir im Frieden mit Gott leben können. Weil die Barmherzigkeit Gottes uns mit unserem Opfer in seine Nachfolge zieht, heiligt sie den, der da opfert und den, für den geopfert wird. Das heißt ja nicht, daß uns ein Heiligenschein verliehen wird. Es heißt vielmehr, daß wir in das Licht gerückt werden, das von dem Spender des Heils, vom Heiland ausgeht. In diesem Licht aber wird noch der alltäglichste Vorgang, der ganz weltliche Überlegungen fordert, zum Dienste Gottes.

Der rechte Arzt kann nicht wegtreten vom Bett des Kranken, der eben die Krise überstanden hat, ohne den weiteren Weg der Heilung zu bedenken. Er gibt Verhaltensmaßregeln. Die kann nur seine erlernte und geübte, seine durchdachte und erfahrene Kunst verantwortlich erteilen. Ist er ein rechter Arzt, so werden seine Ratschläge Leib und Seele betreffen, weil er von ihrer unlösbaren Verbundenheit weiß. Der Kranke ist, um das derb und deutlich zu sagen, nicht dann schon wirklich geheilt, wenn Geschlechtsapparat und Verdauungsapparat funktionieren. Ihre Funktionen müssen in geordnetes Leben einbezogen sein. Die Ehe ist nicht geheilt, wenn die Scheidung vermieden wurde, sondern wenn Mann, Weib und Kinder wieder in Eintracht miteinander leben können. Dazu gehören auch vernünftige Überlegungen über die Abzahlung von Schulden, die Regelung der Wohnverhältnisse usw. Sie allein bewirken die Eintracht nicht. Sie erwächst aus dem Opfer des verletzten Stolzes, der gekränkten Würde; sie ist eine Frucht der wechselseitigen Vergebung der Sünden. Zum Frieden im Betrieb führt kein moralischer Appell. Da bedarf es der besonnenen und sachkundigen Regelung des Tarifs, der Akkordsätze, der Rationalisierungsmaßnahmen, der Betriebsordnung usw. Aber keine Abmachung kann verhindern, daß der nächste „Radfahrer“ oder Streber Sinn in Unsinn, Arbeitshingabe in Ausbeutung verkehrt. Das kann geschehen, ohne daß Buchstabe und Wortlaut der Vereinbarungen verletzt werden. Wird aber hinter den sachlichen Bestimmungen und Abmachungen das schweißbedeckte und angespannte Gesicht des Kumpels gesehen, ist der Weg vom Betrieb zur Familie immer mitbedacht, so kann aus der vernünftigen Anordnung vernünftiger Gottesdienst werden. Die Fremdbestimmung der Arbeit, die ja auch dann nicht beseitigt werden kann, wenn der auf den Menschen gerichtete Sinn der Produktion bedacht wird, bleibt Leid, Mühe und Plage. Wir können auch im Betrieb das Kreuz nicht wegorganisieren. Der Glaube läßt es aber als solches erkennen. Der Glaube entsteht nicht aus Werken, auch nicht aus betrieblichem Wirken. Er kommt „aus der Predigt, das Predigen aber durch das Wort Gottes“ (Röm. 10, 17). Aber der Glaube wirkt sich aus in Werken, auch im betrieblichen Werk. Der sonntägliche Gottesdienst und der vernünftige Gottesdienst, zu dem der Apostel uns mahnt, sind nicht zu trennen. So wollen wir uns mahnen lassen zum Opfer, „das da lebendig, heilig und Gott wohlgefällig sei, welches sei euer vernünftiger Gottesdienst.“

Erich Thier

Was sagt uns die Dichtung?

Hans Egon Holthusen: Ein Mann der Tat

Der Leib verflucht, gestriemt von tausend Hieben,
die Seele wieder und wieder zum Tode geschickt.
Jahre im Lager, dreimal im Stacheldraht hängengeblieben
und einmal den Spürhund mit nackten Händen erstickt.

Gedörrt, geschrumpft und nur noch Haut und Sehne,
Schleim und Blutiges in der Latrine gelassen.
Vernehmungsoffizieren Blut und Zähne
vor die Füße gespuckt im Namen der hungernden Massen.

Brücken gesprengt mit selbstgebauter Zündung,
mit Dosenblech an toten Pferden genagt.
Sein drittes Auge war die Pistolenmündung:
ein Männerjäger und von Männern gejagt.

Die Jahre flogen wie Schatten von Bomberketten,
und mit den Jahren kam die Rote Armee.
Nun ist er oben: mit goldenen Epauletten,
sein Schreibtisch steht im Prinzregentenpalais.

Dort herrscht er über sechzehn Ledertüren
und weiße Telefone, sechsmal eins.
Es gilt, die „Neue Ordnung“ einzuführen
und Durst und Steppe in ein Land des Weins.

Die alte Qual, sie findet tausend Erben,
und Haß und Hunger drehn sich wie der Wind.
Und viele müssen in den Lagern sterben,
weil sie jetzt hier: in diesen Grenzen sind.

Er hat die Polizei und ihre Hunde
und Presse, die für ihn allein rotiert.
Ein wenig Zeit vernarbt an seinem Munde —
und plötzlich weiß er, daß er Zeit verliert.

Das Jahr steht hoch, die Kühe ruhn und weiden,
es ist dasselbe Ruhn, dasselbe Jahr.
Auch er ist noch er selbst. Wie soll er scheiden,
was Anfang, Ende, Oben, Unten war?

Schon sind die Türen nicht mehr dicht geschlossen,
und in den Telefonen knackt der Tod.
Dann: ein Prozeß um ihn und zwei Genossen,
und im Gefängnis läßt er Blut und Kot.

Man gibt ihm Drogen ein, damit der blasse,
verrenkte Mund beliebig viel bereut.
Er weiß, er ist ein Feind der Arbeiterklasse,
und dämmert vor sich hin und wirkt zerstreut...

Im Herbstwind flattern alte Wahlplakate
mit einem Kopf, verblichen und zerplatzt.
Der Regen wäscht den ersten Mann im Staate,
und seine Augen hat man ausgekratzt.

Bei diesem Gedicht wird wohl jeder sagen: das haut hin! Da enthalten ein paar Verse ein ganzes Stück Zeitgeschichte. In diesem „Mann der Tat“ — mag damit nun eine bestimmte Person gemeint sein oder eine erdachte — ist sozusagen die Geschichte der KPD-Funktionäre an einem ihrer „besten Männer“ beschrieben. „Jahre im Lager —“, in den drei Worten ist alles über den Nationalsozialismus gesagt, was hierhin gehört. „Brücken gesprengt —“, da ist in zwei Zeilen der spanische Bürgerkrieg abgetan. Und dann das unheimlich genau passende Bild: „Die Jahren flogen wie Schatten von Bomberketten“ —, mit diesen wenigen Worten ist der ganze Krieg erledigt, der für diesen Mann der Tat wahrscheinlich sowieso nur ein Warten auf Abruf bedeutete. Dann aber als Höhepunkt dieser dramatischen Erzählung (denn das ist es doch):

Es gilt, die „Neue Ordnung“ einzuführen
und Durst und Steppe in ein Land des Weins.

Andere schreiben über den Gegensatz von Ost und West, der uns — weiß Gott — wichtig genug ist, ganze Bücher. Hier ist in zwei Zeilen alles so großartig einfach, bildhaft und treffend gesagt, daß jeder begreift und behält: dies sind zwei Welten, die sich mit Gewalt nicht vereinen lassen.

Dann kommen zwei Strophenpaare, in denen die erste jeweils den Atem etwas anhält zu dem Versuch einer Besinnung: „Die alte Qual —“ und „Das Jahr steht hoch —“. Aber gleich rollt die nächste Strophe wieder weiter: „Er hat die Polizei —“, und dann die unheimliche Verbindung von Technik und Grausamkeit in der Zeile „und in den Telefonen knackt der Tod“. So kommt ja dortzulande das Ende: die Geheimpolizei hört ihre eigenen Leute ab, ein „Reinigungsprozeß“, aus — und was für ein Ende? Gehenkt? Oder nur ein paar Jahre kaltgestellt? Das ist gleichgültig, wirklich gleichgültig.

Es muß auffallen, daß man im Gedicht nichts von dem Gesicht dieses Mannes erfährt, von seinem Wesen. Wie sah er aus? Was tat er, wenn er nicht „in Aktion“ war? Solche Männer haben „markante Züge“, aber kein Gesicht, kaum ein Herz — nichts als Willen und einen Glauben, Irrglauben. Aber über solchem Gedicht spürt man auf einmal: auch diese KPD-Funktionäre haben ihre Geschichte, eine schreckliche, erschütternde Geschichte. Wir können einen solchen Mann gar nicht mehr ohne politische Brille sehen — und da zeigt ihn uns ein Dichter auf einmal von Nahem und ohne jede falsche Optik. — Und eben dies: Menschen und Dinge von Nahem und ohne falsche Optik zu sehen, das kann man — unter anderem — von der Dichtung lernen.

Es ist erschreckend, wieviel Vorurteile wir heute in uns einsaugen, ohne es zu merken, durch Zeitungen, Kinos, das Gerede der Leute und der Freunde, durch festgelegte Meinungen der Parteien, Gewerkschaften, Vereine. Und auf einmal merken wir, daß wir die Wirklichkeit gar nicht mehr mit eigenen Augen sehen, sondern mit denen der anderen, und die sind auch meist — verkümmert. (Auf diese Verkümmern des modernen Menschen werden wir hier oft wieder zurückkommen; in unserem einleitenden Aufsatz hatten wir ausführlich gesagt, was es damit auf sich hat!) Bei irgend einem Anlaß dann — und solch ein Gedicht kann ein Anlaß sein — merken wir, daß unter der glatten Oberfläche des Gewohnten das Leben viel unheimlicher knistert. Da überkommt einen plötzlich eine tiefere

Ahnung von dem wirklichen Getriebe der Welt. Gerade an einer so umstrittenen Gestalt, am KPD-Funktionär, kann man das lernen. Man bekommt dann Respekt und — Mitleid mit ihm. Das ist besser und fruchtbarer als Haß oder einfache Ablehnung oder nur Gleichgültigkeit.

Und wie paßt die Sprache dieses Gedichtes zu dem Bild dieses Mannes! Fast ein bißchen Telegrammstil, ein bißchen Funktionärsjargon, keine Scheu vor Deutlichkeiten — und alles zusammen gibt ein großartiges, packendes Bild einer solchen Gestalt, in der sich so viel von allen Problemen unserer Zeit konzentriert. — Übrigens nennt man ein solches, dramatisch erzählendes Gedicht eine Ballade. Ursprünglich bezeichnete das im Mittelalter ein Tanzlied, aber wie man sieht, kann es auch ein Stück leidenschaftlich umstrittener Zeitgeschichte sehr gut wiedergeben.

Hans Egon Holthusen ist als Pastorensohn 1913 in Rendsburg geboren und hat während seines Studiums die ersten Gedichte und Betrachtungen veröffentlicht. Dann machte er den Krieg von Anfang bis Ende mit und lebt nun in München. Bisher erschienen zwei Gedichtbände von ihm: „Hier in der Zeit“ und „Labyrinthische Jahre“, die beide im Verlag R. Piper & Co., München, verlegt wurden. Seine Gedichte sind charakteristisch durch eine radikale Modernität, die ebenso leidenschaftlich alle Fragen und Dinge dieser Welt erfaßt wie sie von einem tiefen, religiösen Gefühl getrieben wird. Holthusen hat auch in mehreren Aufsätzen und Büchern („Der unbehauste Mensch“, ebenfalls bei Piper) eine scharfe und gute Kritik der zeitgenössischen Dichtung gegeben. Als Mitherausgeber einer guten, modernen Lyrik-Sammlung („Ergriffenes Dasein“, Verlag Langewiesche-Brandt, Ebenhausen), und durch seine Vorträge ist er als einer der Wortführer der modernen Dichtung bekannt geworden.

Thilo Röttger

Es ist die Aufgabe des dichterischen Wortes, durch Vergewärtigung einer Situation oder eines Ereignisses nicht nur diese, sondern auch die dadurch gegebene Stimmung zu beschwören.

Christine Bourbeck in „Evangelische Antwort“

DAS *neue* BUCH

Herbert Lüthy, Frankreichs Uhren gehen anders; Europa-Verlag, Zürich—Stuttgart—Wien, 1954, 354 Seiten, DM 15,80.

Wer vor dem Krieg über Frankreich schrieb, schrieb Liebeserklärungen, wer es jetzt tut, dem bleibt nichts übrig, als Diagnosen zu stellen. Liebeserklärungen nimmt man von jedem gern entgegen, man braucht die Gefühle ja nicht zu erwidern, aber unerbetene und unwillkommene Diagnosen führen zu Verstimmungen. So ist es gut und richtig, daß Friedrich Sieburgs „Gott in Frankreich?“ und Paul Distelbarths „Lebendiges Frankreich“ in der Zwischenkriegszeit der „personne France“ ihre Verehrung von Deutschland aus zu Füßen legten, daß aber die treffende Diagnose des von Krisen und Fieberschauern geschüttelten „kranken Mannes Europas“ von einem Schweizer stammt. Von einem Deutschen wäre sie Vermessenheit, vielleicht auch mit dieser intimen Kenntnis der französischen Nachkriegsgeschichte bei unserer chinesischen Mauer der Mißverständnisse kaum zu leisten, von einem Angehörigen des europäischsten Landes Europas ist sie purer Samariterdienst oder sagen wir besser Freundesdienst.

Wie unter guten Freunden üblich, redet Lüthy mit aller Offenheit, ja Schonungslosigkeit, und die Nationalisten aller Färbungen diesseits des Rheins könnten sich händereißend ein reiches Sammelwerk willkommener Argumente daraus zusammenstellen, wenn nicht der Verfasser den Beweis der Absurdität jedes, aber auch jedes

Nationalismus mit dazulegte. Denn Lüthys Buch ist ein zutiefst europäisches Buch. Es handelt zwar von Frankreich, verliert aber Gesamteuropa oder meinetwegen Resteuropa nicht aus den Augen. Es verschweigt keine von Frankreichs Unarten und Krähwinkleien, verleugnet aber auch nirgends seine große Liebe zu ihm, es erkennt nicht die Schwierigkeiten, sieht jedoch die verheißungsvollen Schritte auf dem Weg zu dem „kontinentalen Europa, das ‚deutsch-französisch‘ oder nicht sein wird“. Zu diesem Ziele will das Buch hinführen, und sein Beitrag ist recht erheblich. Es wird vermutlich im Bücherschrank keines französischen Politikers fehlen, wenn auch nicht immer in der vordersten Reihe. Es sollte auch in Deutschland als großartiges Handbuch in allen politischen Kreisen bekannt sein, ob schon und gerade weil die Stellen, die die Ära des „Bräuhauspolitikers“ betreffen, uns nicht angenehm in den Ohren klingen können. Wir wollen dennoch dankbar sein, daß trotz der wahrlich scharfen Worte an unsere Adresse hier in Wirklichkeit unsere Sache verfochten wird, weil sie logischer- und glücklicherweise gleichzeitig auch die französische Sache ist. Kein Franzose würde das seinen Landsleuten klarer darlegen können als diese Stimme aus dem Ausland, das bekanntlich die Kritikerrolle der „zeitgenössischen Nachwelt“ spielt. Und nicht besser könnte sich Lüthy bei den Franzosen, dieser wohl geschichtsbewußtesten der europäischen Nationen einführen als mit seiner Darstellung der historischen Grundlagen, der „Inventarskizze des Überlebenden und auch des Versteinerten, das in die französische Gegenwart hineinragt“, einer herrlich unprofessoralen Raffung, voller überraschender Visierungen, in der von der Straßenkarte des 18. Jahrhunderts ebenso die Rede ist wie vom Wörterbuch der Akademie, in dem vierzig Unsterbliche „stets mit einem Jahrhundert Verspätung festlegen, was sich für einen Ehrenmann zu sagen schickt und nicht schickt.“

Schon diese wenigen Proben zeigen all die Elemente, die jeden Franzosen entzücken dürften: bildhaften, glänzenden Stil, Sarkasmus, der nicht Beleidigung, Leidenschaftlichkeit, die kein Fanatismus ist. Nicht minder brillant ist auch die Entwicklung der Vierten Republik geschildert. In die verwirrende Vielfalt der Erscheinungen, die der jüngsten Vergangenheit angehören, kommt

Ordnung und Deutung, der Wust der Schlagworte und Parolen wird lustig dahergefegt, und nichts kann bestehen, was faul, aufgeblasen oder einfach falsch ist. Die Parteien, die politischen Persönlichkeiten, der Kampf der Kommunisten um die Macht, die Vorgänge im Gewerkschaftslager werden mit wenigen, aber meisterhaft sicheren Strichen gezeichnet. Haben hier schon die volkswirtschaftlichen und soziologischen Kenntnisse des Verfassers überrascht, so kommt diese unentbehrliche Vielseitigkeit moderner Betrachtungsweise noch deutlicher zum Ausdruck in dem Teil, der dem überseeischen Frankreich gewidmet ist, einem ohnehin ungewöhnlichen Kapitel in Studien dieser Art, doch „es ist eine der großen Umwälzungen dieser Nachkriegszeit, daß es nicht mehr möglich ist, das französische Kolonialreich beiläufig in einer Fußnote der Geschichte Frankreichs zu behandeln“, wie ja die vielfältige und weitreichende Wirkung des Indochinakrieges hinreichend bewiesen hat. Echte Staatskunst mußte deshalb hier den Hebel ansetzen, und es ist sicher kein Zufall, daß die beiden Erwähnungen von Mendés-France ihn als fähigen und klugen Politiker charakterisieren, der in der Lage sein könnte, dem beinahe beschwörenden Schlußteil des Lüthyschen Buches zur Verwirklichung und zu einer Erfüllung zu verhelfen, denn noch läuft die Wette, „die ungeheuerliche Wette, bei der Amerika auf die Vereinigung und Wiederaufrichtung, die Sowjetunion auf die Zersplitterung und den Zusammenbruch Westeuropas setzte“. Hier wird die besondere Bedeutung des Buches offenbar. Wenn das, um Jakob Burckhardts Worte zu gebrauchen, „versprochen scheinende Ereignis“ eines geeinten Westeuropas sich realisieren sollte, dann dürfte Lüthys Buch als ein kräftiger Anstoß dazu zu werten sein. Allein, damit begeben wir uns auf das für

Deutsche besonders gefährliche Gebiet der Spekulation, das Lüthy in erfreulicher Realistik meidet — was seine Schlüsse nur um so glaubwürdiger macht. Indes, auch wenn wir beim Greifbaren bleiben, ist das Buch ein hervorragendes Mittel zum Verständnis Frankreichs, über das nicht nur bei uns die albernsten Urteile umlaufen, und das dabei „Millionen Menschen aller Zonen weit mehr und ganz anderes bedeutet als die Summe seiner augenblicklichen Macht oder Ohnmacht, ein im geistigen und moralischen Haushalt der Welt unentbehrliches Licht“. „Glücklicherweise — und darauf haben auch andere schon hingewiesen — ist es im Grunde etwas lächerlich Geringes, was zwischen Frankreich und seiner eigenen Gesundheit, zwischen Frankreich und der Fähigkeit zur Erfüllung seiner Mission und seiner Rolle, ... zwischen Frankreich und Europa, und nachgerade ... zwischen Frankreich und Frankreich selbst steht.“ Vielleicht ist nur die Umkehrung des Satzes notwendig, daß Frankreich schon seit Jahrzehnten nicht regiert, sondern nur verwaltet wird? Vielleicht hat diese Umkehrung bereits begonnen? Auch Uhren, die anders gehen, zeigen einmal auf fünf vor Zwölf.

Johannes Orzschig

Eingesandte Schriften und Bücher

Beurteilung bleibt vorbehalten; Besprechung erfolgt nach eigenem Ermessen.

Kathleen Bliss, Frauen in den Kirchen der Welt. Übersetzt und bearbeitet von Maria Weigle; Laetare-Verlag, Nürnberg, 1954; 260 Seiten, zweifarbiger Schutzumschlag, kartoniert DM 3,90.

Eberhard Schapitz, Schwärmertum am Rande der Technik; Claudius-Verlag, München, 1954, 88 Seiten, zweifarbiger Einband, broschiert DM 3,—.

Der eigentliche Wert eines jeden Buches liegt darin, dass es das Urteil des Lesenden herausfordert. Und da jede Reaktion auf ein Buch — Zustimmung, Begeisterung, Skepsis, Ablehnung, ja sogar Langeweile — im letzten Grunde einem Urteil gleichkommt, ist es wissens- und gedankenbildend.

Bemerkens- werte



Wohin führt der Weg?

Die neue Spielzeit hat begonnen. Theoretisch läuft sie vom 1. September bis zum 31. August. Wann sie praktisch beginnt, weiß kein Mensch. Es spielt auch keine Rolle. Eine gewichtige Rolle dagegen spielt, was uns der Film in seiner neuen Spielzeit bieten wird. Uns — das sind 642 Millionen westdeutsche Filmbesucher, die man 1953 gezählt hat. Täglich saßen also $1\frac{3}{4}$ Millionen Menschen auf den 2,1 Millionen Sitzplätzen der 5110 Filmtheater Westdeutschlands. Die Hälfte dieser 642 Millionen stellten allein 60 Großstädte mit 314 Millionen. Der Großstädter ging 1953 18,8mal ins Kino, der Durchschnitts-Bundesbürger 13mal. Das bedeutet eine Zunahme von 8,7 Prozent gegenüber 1952. (Auffallend ist, daß in einigen Mittelstädten der Filmbesuch zurückgegangen ist, so in Lübeck, Augsburg, Regensburg.) Diese Zahlen liegen weit über denen, welche die Sportveranstaltungen aufzuweisen haben. Das Kino bleibt mit Abstand das erste Unterhaltungsziel der Massen.

Auf diese Massen warten nun in der neuen Spielzeit 566 abendfüllende Filme. Das bedeutet, daß der westdeutsche Kinobesucher jeden Tag einen und jeden zweiten Tag zwei Filme sehen könnte, wenn er Geld und Zeit hätte und sein Kino alle diese Filme spielen könnte. Natürlich kann das weder der Kinobesucher noch der Theaterbesitzer leisten. Denn dieses Angebot ist viel zu groß. Die Hälfte würde genügen. Unter den 566 Filmen sind 142 deutsche,

mehr als die doppelte Zahl kommt aus dem Ausland. Noch nie ist in Deutschland so viel produziert worden, noch nie war der Import aus dem Ausland so groß. Wer soll diese Filme sowohl finanziell wie geistig, sofern das Wort am Platze ist, verkraften? Wenn man bedenkt, daß jeder deutsche Spielfilm im Durchschnitt 1,5 Millionen DM einspielen muß, um sich zu rentieren, braucht man kein Filmkaufmann zu sein, um sich ausrechnen zu können, daß es Verluste geben wird. Welche Filme werden verlieren? Der deutsche Film wird es nicht leicht haben.

Die Pläne unserer Produktionen wurden bekanntgegeben; die wesentlichen Titel sind genannt. In riesigen Anzeigen, Sonderseiten und Beilagen der Fachblätter waren sie mit knalligen Farben abgedruckt. Kein einziger ist darunter, der nicht als Sensation angekündigt wurde. Titel können trügen. Wir wissen, daß das Thema weniger wichtig ist als die Gestaltung. Immerhin läßt die Programmübersicht einige Rückschlüsse zu und die Rückschlüsse sind bemerkenswert.

Das Publikum verdient ein Lob. Auf sein Konto geht die Feststellung, daß die Heimatfilme im Aussterben begriffen sind. Die „Schützenliesel“, den „Heideschulmeister Uwe Karsten“, „Die Heilige und ihr Narr“ werden wir samt einigen ähnlichen Titeln diemal noch zu überstehen haben. Bevor der letzte Schmalztitel verschwindet, dürfen wir noch anmerken, daß es den echten Heimatfilm seit 1945 nicht gegeben hat. Ist das Problem Heimat kein Problem mehr, oder können wir es nicht gestalten? —

Den Hauptanteil stellt das bei uns noch nicht recht geklärte Genre „Unterhaltungsfilm“, das seine Stoffe aus Illustrierten („Der Engel mit dem Flammenschwert“, Problem einer Geschwisterehe) oder von Bestsellern („Null-Acht-Fünfzehn“) bezieht und die Wunsch- und Wahnvorstellungen weiter nährt. Dies alles läuft unter der Bezeichnung „gegenwartsnah“. Das Tauernkraftwerk in Kaprun scheint optisch besonders ergiebig zu sein, da es in drei Filmen vorkommt. Die Gestalt des deutschen Spions Dr. Sorge wird zweimal verarbeitet, einmal von Veit Harlan, das andere Mal von Harald Braun, der seinen „letzten Sommer“ soeben beendet hat. Dazu hat Ricarda Huch Patin gestanden. Der Drang zur Literatur ist groß. Werfel, Stellan

Zweig, Giraudoux, Beaumarchais liefern u. a. die Stoffe. König Ludwig II. und Richard Wagner werden als Hauptgestalten auftreten.

An guten Themen fehlt es nicht, auch nicht an guten Namen. (Käutner ist seit „Die letzte Brücke“ mit Arbeit eingedeckt.) Ob sie halten, was sie versprechen, wird sich zeigen. Angesichts der scharfen Konkurrenz bleibt dem deutschen Film nur eine Flucht übrig, die Flucht in die Qualität. Das ist unsere Hoffnung! Ein deutlicher Schritt wurde getan. Wohin wird er führen?

H. H.

„Sauerbruch“

(„Das war mein Leben“)

Herstellung: Corona-Filmproduktion in München; Verleih: Schorcht-Filmgesellschaft in München; Drehbuch: Felix Lützkendorf; Spielleitung: Rolf Hansen; Besetzung: Ewald Balser, Heidemarie Hatheyer, Maria Wimmer, Paul Bildt, Erich Ponto, Ernst Waldow, Otto Gebühr; Herstellungsjahr: 1953—54; Selbstkontrolle: Jugendfördernd, jugendgeeignet, feiertagsfrei.

Wohl kein Thema ist für die filmische Gestaltung so schwierig wie die Darstellung eines biografischen Stoffes, der das Leben eines großen Menschen umfaßt. Viele sind daran gescheitert, von Henry Dunant bis zu Albert Schweitzer, und man mußte voller Skepsis sein, als man von den Plänen hörte, das Leben des berühmten Chirurgen Sauerbruch zu verfilmen. Aber es hat auch großartige Beispiele für geglückte Filmbiografien gegeben. Unvergeßlich „Robert Koch, der Bekämpfer des Todes“ (EFB 4,63), und manche andere Gestalten, die damals Emil Jannings schuf. Immer war es die schöpferische Kraft des Darstellers, der solchen Filmen den Hauch echten Lebens eingeben konnte. Und auch diesmal ist es wieder die überragende Leistung von Ewald Balser, der in einer ausgezeichneten Maske und einem erfreulich zurückhaltenden Spiel den großen Arzt und Chirurgen Sauerbruch vor uns hinstellt.

Der Film spielt im Berlin der Nachkriegszeit. Eine junge Frau wirft sich unter die Straßenbahn, um ihrem Leben ein Ende zu bereiten, und der zufällig vorüberfahrende Sauerbruch ordnet die Überführung in die Charité an, wo er sich der Patientin besonders annimmt. Dort sehen wir den begnadeten Mediziner inmitten seiner Welt, der Welt der Ärzte, der Schwestern und vor allem der Patienten, der leidenden Menschheit. Wenn man sich's hinterher über-

legt, so hat der Film, der auf eine Weise seltsam ergreift, eigentlich kaum die Welt des Krankenhauses verlassen. Höchstens einmal, wenn Sauerbruch sich an dem Bett eines Kranken niedergesetzt hat und ihm eine Geschichte aus seinem Leben erzählt, um zu trösten oder um zu stärken und um Lebenswillen einzuflößen. Diese kunstvoll eingefügten Rückblenden des Films stören dennoch nicht den fließenden Ablauf der Handlung. Sie sind in sich kleine Kostbarkeiten der Gestaltung.

Erstmals wieder seit langer Zeit spürt man die sorgsame Vorbereitung und geschickte Gestaltung eines bedeutenden deutschen Films. Bis in die kleinste Nebenrolle hinein beeindruckt die ausgesuchte Besetzung dieses Films, der manchen guten Schauspielernamen in einer kleinen, aber für das Ganze wichtigen Nebenrolle führt. Neben Balser kann sich endlich Heidemarie Hatheyer wieder mit einer großen Leistung sehen lassen.

In der Medizinersprache umschreibt Sauerbruch das, was der Christ göttliches Geschenk und Gnade nennen würde, und aus dem Wissen um diese Kräfte wächst ihm die Demut und zugleich die Größe seines Menschseins. Und noch etwas anderes fiel uns bei diesem Film auf, in dem viel vom Tode geredet wird. Wie hat „Freund Hein“ sich verwandelt! Er ist nicht mehr die sensationelle Pointe des Filmreißers, sondern hier spürt man, daß Sterben in Wirklichkeit heißt, vorbereitet sein auf Gottes Ewigkeit. Vielleicht hat uns deshalb der Film so stark berührt, weil wir den Eindruck haben, daß gerade unsere Generation hier viel zu lernen hat.

Hs.

Die Evangelische Filmgilde empfiehlt:

- „Mandy“
- „Königliche Hoheit“
- „Ein Herz und eine Krone“
- „Martin Luther“
- „Die letzte Brücke“
- „Der Mantel“
- „Das große Abenteuer“



POLITIK

Die Bundesregierung hat die Vorarbeiten für eine Novelle zum Bundesversorgungsgesetz aufgenommen, teilte Bundesarbeitsminister Storch mit. Sie müsse aber auch für die Aufbringung der Mittel die Verantwortung tragen. Es sei nicht der Fall, daß die Mittel für eine Novelle zum Bundesversorgungsgesetz im Kriegsofferhaushalt 1954/55 bereits vorhanden sind.

Im Haß stecke keine konstruktive Idee, auch nicht im Haß gegen den Unternehmer, sagte der stellvertretende Führer der Labour-Parlamentsfraktion, Morrison, auf einer Veranstaltung des Labour-Partei-Kongresses in Scarborough. Trotzdem, so fuhr Morrison fort, glaubten viele Menschen, daß Haß gegen die Unternehmer „die große Idee“ sei und die Größe des Haßgefühls zugleich den Sozialismus verbessere. Das aber stimme keineswegs. Es gebe im Gegenteil zu viel Haß und „Anti“-Geist in der Labourbewegung: Anti-deutsch, anti-amerikanisch, anti-alles. Morrison schloß: mit den Parolen „Nieder damit“ oder „Weg damit“ könne man eine aufgeklärte Wählerschaft nicht überzeugen.

Die sowjetische Besatzungszone brachte in elf Monaten 46 Millionen Ostmark für die Bezahlung des Aufenthalts westdeutscher Arbeiter in der Zone auf, teilte Staatssekretär Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen mit. Von Oktober 1953 bis August 1954 habe man über 1000 Delegationen mit 1960 Teilnehmern in

die Sowjetzone eingeladen. Unter ihnen hätten sich etwa 6000 Nichtmitglieder der kommunistischen Partei befunden. Die zentrale Arbeitsgemeinschaft „Frohe Ferien für alle Kinder“ konnte bis zum 31. August d. J. rund 20 000 Kinder in die Sowjetzone verschicken, ohne daß den Eltern dadurch Kosten entstanden seien. Die Auseinandersetzungen um die Zukunft Gesamtdeutschlands fänden heute weitgehend auch in den Betrieben der Bundesrepublik statt. Wie Staatssekretär Thedieck betonte, sollte niemand in diesem Kampf in der Defensive verharren. Unter diesen Gesichtspunkten sei auch das Betriebsklima ein politisches Problem erster Ordnung.

WIRTSCHAFT

Mehr als zwei Drittel der in diesem Jahr aus den Schulen entlassenen Jugendlichen, die über das Arbeitsamt eine Lehrstelle suchten, konnten in einem Beruf untergebracht werden, obwohl es sich dabei um den stärksten Jahrgang seit Kriegsende handelte. Die zwei Drittel beziehen sich nur auf die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Hessen und Baden-Württemberg; in diesen Ländern finden die Schulentlassungen jeweils im Frühjahr statt.

An der Spitze des Wohnungsbaues der westlichen Länder lag in den Jahren von 1950 bis 1952 die Bundesrepublik, wie aus Untersuchungen des französischen statistischen Amtes hervorgeht. Auf je Tausend der Bevölkerung wurden in der Bundesrepublik in diesen 3 Jahren 25,5 Wohnungen errichtet. An zweiter Stelle rangieren Australien mit 24,7 und an dritter Stelle die USA mit 23,6 Wohnungen.

GEWERKSCHAFT

Einen Protest erhob die IG Druck und Papier gegen die vom Finanzausschuß des Bundestages beschlossene Besteuerung der Nacht- und Schichtzuschläge. Gerade die graphischen Betriebe — so betonte der Gewerkschaftsvorsitzende Hansen — seien häufig zu Nacht- und Schichtarbeit gezwungen.

Streikposten stehen gehe über die „Teilnahme an der Arbeitsniederlegung“ hinaus, erklärte der Vorsitzende des Arbeits-

gerichts Kempten im Allgäu in seiner Urteilsbegründung zu einer Klage der Gewerkschaft auf Wiedereinstellung von 6 Arbeitern. Diese 6 Arbeiter hatten sich während des Metallarbeiterstreiks in Bayern als Streikposten betätigt und waren daraufhin von ihrer Firma fristlos entlassen worden.

Der große Senat des Bundesarbeitsgerichts in Kassel wird demnächst entscheiden, ob ein von einer Gewerkschaft beschlossener Streik, der ohne fristgemäße Kündigung der Arbeitsverhältnisse durch die Arbeitnehmer durchgeführt wird, für den Arbeitgeber ein Grund zur fristlosen Kündigung der streikenden Arbeitnehmer ist. Ferner soll geklärt werden, ob der Arbeitgeber nach Beendigung eines gewerkschaftlichen Streiks beim Fehlen einer Wiedereinstellungsklausel verpflichtet ist, die Wiedereinstellung gleichmäßig auf alle Streikteilnehmer auszudehnen, sofern bei der Ablehnung nicht andere Gründe mitsprechen.

Für eine Erhöhung des Freibetrages für Weihnachtswendungen von 100 DM auf 300 DM — soweit es sich um Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit handelt — setzte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund in einem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten ein.

Die Erwartung, daß mit einer baldigen Verabschiedung eines neuen Gesetzes über den Jugendarbeitsschutz die Wahlversprechungen eingelöst würden, sprach das Vorstandsmitglied des DGB, Willi Ginhold, auf der 3. Bundes-Jugendkonferenz des DGB in Düsseldorf aus. Ferner setzte sich Ginhold, der die Leitung der Hauptabteilung Jugend im DGB innehat, für eine bundeseinheitliche Regelung der Berufsausbildung ein, in der die überbetriebliche Mitbestimmung verankert werden müsse, und für die Einbeziehung eines Jugenderholungsprogrammes in den Bundesjugendplan. An der Konferenz nahmen etwa 300 Delegierte teil, die 670 000 Mitglieder im Alter bis zu 21 Jahren vertraten.

Nur 34 Prozent der bei einer Umfrage vom EMNID-Institut in Bielefeld interviewten Personen hielten die zurückliegenden Streiks im Sommer (Hamburg und Bayern) für richtig. 57 Prozent lehnten die Streiks

ab. Von den befragten Arbeitern glaubten 53 Prozent, daß die Streiks richtig seien, wogegen 38 Prozent die Streiks als nicht richtig ablehnten. Von den Angestellten waren 28 Prozent für die Streiks und 64 Prozent dagegen. Bei den gewerkschaftlich Organisierten sprachen sich 64 Prozent für die Streiks und 31 Prozent dagegen aus.

KIRCHE

Bei den Studierenden der Theologie ist ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen, im Gegensatz zu der während der letzten Jahre in Westdeutschland beständig ansteigenden Gesamtzahl der Studenten. Während im Winter 1951/52 etwa 3,1 Prozent aller Studenten evangelische Theologie und 3,5 Prozent katholische Theologie studierten, verminderten sich diese Zahlen im Winter 1953/54 auf 2,5 Prozent bzw. 3,0 Prozent. Das kirchenstatistische Amt der EKD wirft dazu die Frage auf, ob nicht der Eindruck einer zu engen Verbindung zwischen Kirche und Staat manchem Jugendlichen heute den Entschluß erschwere, Theologie zu studieren.

In einem Festakt verabschiedete die Evangelische Sozialakademie Friedewald am 10. Oktober D. Dr. Carl Gunther Schweitzer, den langjährigen verdienten Leiter der Akademie. Gleichzeitig wurde Dr. habil. Gerhard Hellfurth, der bisher gemeinsam mit Dr. Schweitzer die Leitung der Sozialakademie innehatte, in sein Amt als neuer Direktor, Pastor Dr. Erich Thier als Studienleiter eingeführt. Dr. Thier war früher Mechaniker und dann Bibliothekar in Leipzig. Nach der Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft studierte er noch Theologie. Der Evangelischen Sozialakademie, die an diesem Tage außerdem ihr fünfjähriges Bestehen feierte, gingen zahlreiche Glückwunschschreiben zu, u. a. von Bundespräsident Prof. Heuss, Bischof Dibelius, Bischof Lilje, Bundestagspräsident Ehlers †, den Bundesministern Storch, Kaiser, Tillmanns und Oberländer, von Ministerpräsident Altmaier, sowie von dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Freitag. Die Festrede hielt Prof. Dr. Herbert Krimm in Vertretung des erkrankten Kuratoriumsvorsitzenden, Prälat D. Hermann Kunst, Bonn.

VERMISCHTES

Für den Wiederaufbau der Deutschen Wissenschaft (ohne die Industrieforschung) sind seit der Währungsreform bis Ende vergangenen Jahres in der Bundesrepublik einschließlich Berlin rund 2,5 Milliarden DM aufgewendet worden. Die Länder haben in diesem Zeitraum für wissenschaftliche Einrichtungen etwa 2,1 Milliarden DM aufgebracht. Der Bund beteiligte sich an der Forschung mit 233 Millionen DM, die gewerbliche Wirtschaft mit rund 111 Millionen DM und die Gemeinden mit 49,5 Millionen DM. Aus ERP-Mitteln gingen der Deutschen Wissenschaft 49,6 Millionen DM zu.

Weihnachtspakete und -päckchen nach der sowjetischen Besatzungszone müssen möglichst frühzeitig abgeschickt werden, wenn ihre Zustellung vor dem Fest gesichert sein soll, teilte die Deutsche Bundespost

mit. Auch für Päckchen nach Orten im Bundesgebiet sowie für Massendrucksaen, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre unmittelbar vor dem Fest in großer Zahl eingeliefert wurden, wird eine frühzeitige Einlieferung empfohlen.

Die beiden Lichtspieltheater in Besigheim am Neckar zeigen in jeder ihrer Vorstellungen kostenlos ein Wort aus der Bibel, das den bekannten „Goldenen Worten“ ähnlich ist. Nach der Reklame setzt die Musik aus und auf der Leinwand erscheint der Satz „Und nun ein Wort für Dich“. Darauf folgt im wöchentlichen Wechsel ein biblisches Wort, das die Zuschauer zu innerer Besinnung rufen soll. Die Anregung zu dieser „Kinomission“ hat die Kirchengemeinde Besigheim von der Gemeinde in Wetzlar übernommen. Wie es heißt, sind viele Kinobesucher der Meinung, daß diese stille Minute einen wertvollen Dienst in unserer heutigen Zeit tue.



FRIEDRICHSHÜTTE

AKTIENGESELLSCHAFT

HERDORF/SIEG

ERZEUGNISSE:

Stahleisen 2—6 % Mn
Spiegeleisen 6—30 % Mn

S.-M.-Rohblöcke
S.-M.-Platinen

Kalterblasenes Siegerländer Spezialroheisen
MARKE „ALTE HERDORFER HÜTTE, EXTRA“

S.-M.-Handelsfeinbleche,
MARKE STEIN-EXTRA

Stein-Supra-Feinbleche,
MARKE STEIN-EXTRA-SUPRA

Aktuelles aus der Sozialpolitik

Mit Problemen der Sozialreform beschäftigte sich erstmalig ein evangelischer Arbeitskreis von Fachleuten, der im Auftrag der „Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen“ in der Evangelischen Sozialakademie Friedewald zusammentrat. Die Lage dieses verzwickten Fragenkomplexes wurde von den Teilnehmern eingehend durchleuchtet, nachdem Dr. *Paul Collmer*, Mitglied des Arbeitsrates für die Reform der Sozialleistungen beim Bundesministerium für Arbeit, über den augenblicklichen Stand sozialreformerischer Pläne unterrichtet hatte. Nach einem Arbeitsplan sollen in weiteren Beratungen sozialpolitische Grundsätze in evangelischer Sicht erarbeitet werden. Der Ausschuß wird sich im Hinblick auf die Sozialreform zunächst mit folgenden Themen beschäftigen: Fragen der Rentenversicherung und Altersversorgung, der Invalidität und Berufsunfähigkeit und Fragen der Neuregelung der Versorgungsgesetze, insbesondere der Kriegsoffer.

Die Bedeutung dieses Ausschusses liegt auch in dem Bemühen, alle an einer Sozialreform interessierten Kreise des evangelischen Bereichs zusammenzuführen.

*

Das Arbeitsgericht in Göttingen entschied in dem Rechtsstreit einer Angestellten des Arbeitsamtes in Göttingen gegen die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, daß verheiratete oder geschiedene weibliche Angestellte des öffentlichen Dienstes Anspruch auf Kinderzuschläge haben. Bisher wurden Kinderzuschläge nur an solche verheirateten oder geschiedenen weiblichen Angestellte gezahlt, bei denen der Vater die Kinder nicht unterhalten konnte. Diese Regelung ist nach Ansicht des Arbeitsgerichts Göttingen mit Ablauf des 31. März 1953 als ein dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau entgegenstehendes Recht außer Kraft getreten.

*

Die Hauptabteilung Frauen im DGB-Bundesvorstand ist zur Zeit bemüht, die

praktischen Fragen zu studieren, die sich aus dem Gleichberechtigungsgrundsatz und der Familien- und Eherechtsreform für die Stellung der Frau im Sozialrecht ergeben. Nach Auffassung des DGB erlaubt die Gleichberechtigung der Geschlechter eine voneinander verschiedene rechtliche Regelung nur dann, wenn dies objektiv biologische und funktionelle Verschiedenheiten im Arbeitseinsatz begründen.

*

Die 40-Stundenwoche ist zu verwirklichen, wenn ein für alle Beteiligten gangbarer Weg eingeschlagen würde. Der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Berlin, *Ernst Scharnowski*, machte daher in der Diskussion über den Geschäftsbericht den Vorschlag, die Arbeitszeit stufenweise zu verkürzen. Jährlich soll bei vollem Lohnausgleich die wöchentliche Arbeitszeit um zwei Stunden verringert werden. Bei gleichbleibendem Lohn bedeutet dies eine automatische Lohnerhöhung um 4 Prozent jährlich, während eine sofortige Einführung der 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich eine Einkommensteigerung von etwa 16 Prozent ausmacht.

*

In einer Eingabe an den Bundesminister für Arbeit und den Bundesminister für Finanzen fordert der Verband katholisch-kaufmännischer Angestellten „St. Lydia“, daß bei Todesfall einer unverheirateten weiblichen Versicherten für die Hinterbliebenen oder nächsten Angehörigen eine Rente bezahlt wird, wenn die Verstorbene nachweislich bisher den Lebensunterhalt dieser Angehörigen getragen hat.

*

Der Aufbau des Bundessozialgerichtes ist nahezu abgeschlossen. Es ist damit zu rechnen, daß noch in diesem Jahr die verschiedenen Senate den Berg liegengebliebener Rechtsfälle in Angriff nehmen.

*

Das gesteigerte Tempo der Industrialisierung werde sich in einem Rückgang der Ar-

beitslosigkeit bald bemerkbar machen, erklärte Handelsminister D. P. Karmarkar bei der Jahresversammlung der Handelskammer New Delhi. Die Ausweitung der Produktionsstätten biete eine Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen und vermindere die augenblicklichen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Er fügte jedoch hinzu, daß die Arbeitslosigkeit kein neues Problem sei und nicht von heute auf morgen gelöst werden könne. Die Regierung sei entschlossen, so kündigte er an, die Modernisierung der Jute-, Baumwoll-, Stahl- und Eisenindustrie voranzutreiben. Die Regierung vertrete die Auffassung, daß die Modernisierung dieser Industrien auf lange Sicht neue Anstellungsmöglichkeiten bieten werde, selbst wenn zunächst Entlassungen vorgenommen werden müßten.

Minister Karmarkar teilte ferner mit, daß die Regierung die Gründung einer Körperschaft zur industriellen Entwicklung des Landes beabsichtige. Die indische Wirtschaft habe sich plangerecht entwickelt und eine Anzahl Anlaufschwierigkeiten überwunden. Die Liberalisierung der Importpolitik sei infolge der verbesserten Zahlungsbilanz möglich geworden, während Indien im Vorjahr den Anforderungen nach ausländischen Zahlungsmitteln nicht entsprechen konnte, ohne die Sterling-Reserve anzugreifen. Karmarkar setzte sich dafür ein, daß neuen Unternehmungen genügend Kapital verfügbar gemacht werde.

*

Die politischen Ereignisse in Vietnam sind nicht ohne Auswirkungen für die Gewerkschaftsbewegung dieses Landes geblieben. Die christliche Gewerkschaft Vietnams (CVTC), die stärkste Gewerkschaft dieses Landes, verlor bereits Mitte vergangenen Jahres durch den Rückzug der französi-

Respektable Bilanzen

Die Einnahmen der IG-Metall betrugen von Januar 1952 bis Dezember 1953 insgesamt über 150 Millionen DM. Der Vermögenszuwachs in der genannten Zeit belief sich auf beinahe 40 Millionen DM. Von dem wöchentlichen Durchschnittsbeitrag eines jeden Mitglieds in Höhe von 1 DM verblieben 80 Pfennige dem Vorstand und 20 Pfennige der Ortsverwaltung. — Das Gesamtvermögen des Deutschen Gewerkschaftsbundes betrug nach der Bilanz vom 31. Dezember 1953 insgesamt 44 569 564,78 DM.

schen Truppen im Süden des tonkinesischen Deltas 300 Funktionäre und 45 000 Gewerkschaftsmitglieder. Nach der Genfer Konferenz ist nun die christliche Gewerkschaftszentrale in Vietnam bemüht, die größtmögliche Zahl der noch verbliebenen 300 Funktionäre und etwa 100 000 Gewerkschaftler nach dem Süden des Landes zu evakuieren und dort den notwendigsten Lebensunterhalt zu beschaffen. Zur Zeit unterstützt diese Gewerkschaft mehrere 100 000 Flüchtlinge und ist in dieser Aufgabe auf die tatkräftige Unterstützung der christlichen Arbeitnehmer in der ganzen Welt angewiesen. Der IBCG hat zur ersten Hilfeleistung einen Betrag für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt, doch sollte darüber hinaus die Hilfsbereitschaft aller christlichen Arbeitnehmer noch mehr aktiviert werden. Zu diesem Zweck sind verschiedene Konten eingerichtet worden. Spenden aus Deutschland werden entgegen genommen durch Dr. A. C. de Bruijn, Bad Godesberg, Kronprinzenstr. 10, Postscheck-Konto Köln 542 03.

Nachrichten aus den evangelischen Akademien

Die Evangelische Sozialakademie führte in der Zeit vom 1. September 1949 bis 31. August 1954 insgesamt 126 Lehrgänge durch. Die Zahl der Teilnehmer betrug 3226. Die 126 Lehrgänge unterteilen sich in der Art ihrer Gestaltung wie folgt: 39 Soziallehrgänge von drei- und vierwöchiger Dauer; fünf achtwöchige Aufbaulehrgänge für Fortgeschrittene, insbeson-

dere für Sozialsekretäre; 14 einwöchige Speziallehrgänge für Betriebsräte und Arbeitnehmer; 11 einwöchige gesellschaftspolitische Lehrgänge für junge Arbeiter und Arbeiterinnen; 11 Soziallehrgänge für junge Arbeiter und Studenten; 15 Soziallehrgänge für Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter; 5 Studienkonferenzen über aktuelle Sozialprobleme; 3 Soziallehrgänge für

Lehrer; 4 Soziallehrgänge für Beamte und 19 Gastlehrgänge.

An diesen Lehrgängen nahmen 2048 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen teil, 526 Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter, sowie 652 Studenten und Angehörige sonstiger Berufsgruppen. Die Teilnehmer kamen aus allen Teilen der Bundesrepublik einschließlich Berlin, besonders aber aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Aber auch zahlreiche Angehörige aus westeuropäischen Ländern, vornehmlich aus Österreich, der Schweiz und Holland nahmen an den Schulungslehrgängen regen Anteil, soweit sie Friedewald nicht nur zu Studien- und Informationszwecken aufgesucht hatten. Gerade in letzterer Beziehung hat das Archiv der Sozialakademie ständig an Bedeutung zugenommen. Es dient als sehr geschätzte Informationsquelle für Wissenschaft und Presse, sowie für Doktoranden aller westdeutschen und ausländischen Universitäten.

Von den Dozenten der Evangelischen Sozialakademie wurden in der Zeit von September 1949 bis September 1954 außerhalb Friedewalds in allen Teilen Deutschlands 1126 Vorträge gehalten.

Tutzing am Starnberger See. Unter Leitung von Pfarrer *Adolf Sommerauer* trafen sich in der Evangelischen Akademie eine Anzahl von bayerischen Industriearbeitern zu einer Wochenend-Tagung. Die Gespräche verschafften jedem Teilnehmer neue und bemerkenswerte Gesichtspunkte für das

Zusammenleben der Menschen im Betrieb. Um die verschiedenen Einstellungen zur Arbeit deutlich zu machen, erzählte einer der Referenten eine Anekdote, die, wenn sie nicht wahr, dann doch gut erfunden ist. Sie lautet: Ein Mann fragt drei Arbeiter, was sie machen. Der erste antwortet: „Ich mache DM 1,40 die Stunde.“ Der zweite: „Ich behaue Steine.“ Der dritte: „Wir bauen eine Straße.“

„Die spezialisierte Arbeit ist unmenschlich!“ wurde gesagt. Begründung: der Mensch ist das am wenigsten spezialisierte Lebewesen. Man beschaue sich nur einmal seine Hände und bedenke, was sie alles können, vom Schreiben bis zum Hammer-schwingen, vom Schießen bis zum Verbinden... Die vielseitige Verwendungsmöglichkeit unserer Hände — vom Kopf ganz abgesehen — unterscheidet uns vom Tier. Seine Gliedmaßen spezialisiert zu gebrauchen ist tierisch.

Es wurde viel über die verschiedenen Einstellungen der Unternehmer gesprochen; von denen, die rücksichtslos ihr Geld vermehren wollen; von denen, die ihre Arbeiter gut behandeln, aber nur deshalb, damit sie besser für sie arbeiten; und von denen, die neben allem anderen die Arbeiter als Menschen ansehen und achten. Treffend sagte einer: „Der Unternehmer muß nicht nur Gold, sondern auch Herz investieren!“

„Auch der DGB — das ist meine feste Überzeugung — wird sich nicht damit begnügen können, die politischen Voraussetzungen für die von ihm erstrebte Mitbestimmung zu schaffen. Schon vorher muß er daran denken, genügend starke Kader charakterlich geeigneter und fachlich befähigter Gewerkschaftler für seine Aufgabe heranzubilden“, betonte der Bibliothekar im DGB — Bezirk München, *Hans Löwenstamm*, und fuhr fort, „wenn anders die politische Chance, auf die er sich vorbereitet, nicht ungenützt vorüberziehen oder willkürlichen Zwecken dienstbar gemacht werden soll.“

Dankbarkeit — dieses Wort kam in den Diskussionen immer wieder vor. Die Fähigkeit, einander dankbar zu sein, gehöre zu einem guten Zusammenleben dazu, auch, oder gerade zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Hg.

„Don Camillo“ stört KP-Kündgebung

Ein klägliches Ende fand eine KP-Großkundgebung in Mainz, zu der kürzlich die „Massen“ von Mainz und Umgebung aufgerufen worden waren. Just in dem Augenblick, als „Massenagitator“ Friedel Janecek das Wort ergriff, setzte vom nahen Dom und zahlreichen umliegenden Kirchen machtvolles Glockengeläute ein, gegen das kein Lautsprecher mehr ankam. „Don Camillo“ hatte das Wort ergriffen und die wenigen Anwesenden — etwa 100 Personen — mußten auf ihn hören!

Unsere Leser haben das Wort

Unter dieser Überschrift können alle unsere Leser und Freunde der Zeitschrift ihre persönliche Meinung äußern. Sei es nun eine Stellungnahme zu einem der Artikel in der vergangenen Ausgabe von „Die Mitarbeit“ oder zu sonst einem aktuellen, die Öffentlichkeit interessierenden Ereignis. Jedoch geben die Leserzuschriften, die jeweils auf den letzten Seiten unseres Heftes erscheinen, nicht immer auch die Meinung der Redaktion wieder.

In einer „liebvollen Stellungnahme“ — wie es in dem Begleitschreiben heißt — wendet sich ein Leser aus Berlin-Wilmersdorf gegen die Ausführungen von Heinz Schuster, Gütersloh, der sich in der September-Nummer der „Mitarbeit“ (Rubrik „Leserbriefe“) mit der Zulassung christlicher Prozeßvertreter beschäftigte. Dem Verfasser des folgenden Leserbriefes geht es vor allem darum, Heinz Schuster von der Notwendigkeit einer Mitgliedschaft im DGB zu überzeugen.

„Dem Gegner des DGB muß zunächst die Frage vorgelegt werden: ‚Woher wissen Sie, daß die rund 10 Millionen Unorganisierte die Gewerkschaft ablehnen bzw. ihr fremd gegenüberstehen?‘ Gewiß gibt es unter diesen 10 Millionen solche, die den DGB — aus welchem Grunde auch immer — ablehnen. Aber wer steht schon einer Organisation mit über 6 Millionen in Arbeit stehenden Menschen ‚fremd‘ gegenüber? Kennt man die Zahl derer, die nur zu gut wissen, was der DGB als Sozialpartner gegenüber den Arbeitgebern bedeutet? Es sind leider zu viele, die längst erkannt haben, daß der DGB auch für die Unorganisierten eintritt und jede soziale Verbesserung für ‚Alle‘ fordert! Diese Neunmal-klugen ernten ohne zu säen, — und auch Sie, verehrter Herr Schuster, genießen jetzt den Achtsturentag und bald die Fünf-Tage-Woche, nicht zu reden von den durch den DGB erzielten Tarifen, woraus Ihnen niemand einen lauten, wohl aber einen stillen Vorwurf machen darf.“

Warum aber machen Sie den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie sich aus Erkenntnissen der SPD entwickelt haben? Ist die SPD in Ihren Augen immer noch eine ‚vaterlandslose Partei‘? Dann müssen Sie aber die sozialen und politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ganz schön verträumt haben. Nicht nur die Zeiten haben sich geändert, auch die Menschen und die politischen Parteien, ja auch die ‚bösen‘ Gewerkschaften, in deren Reihen unzählige Christen neben Atheisten und Angehörigen aller anderen Glaubensbekenntnisse Schulter an Schulter stehen, um den Lebensstandard der breiten Masse zu heben.

Wissen Sie wirklich, wann und wo und aus wessen Mund das Wort fiel: ‚Religion ist Opium für's Volk‘? Warum ‚alten Tee‘ aufbrühen, der keinem aufgeschlossenen Menschen schmeckt und als abgestanden und überholt abgelehnt wird. Deswegen meidet heute kein ‚überzeugter Christ‘ die Gewerkschaften; er wird bewußt Mitglied, um das christliche Gedankengut dort zu verbreiten, wo es angebracht erscheint. Beiseitestehen und Ubelnehmen hat noch nie dazu geführt, ein Problem zu lösen. Positive Kritik und christliches Vorleben sollten auch Sie als Ihre keinesfalls aussichtslose Mission ansehen. Gott ist

durchaus auch bei den Gewerkschaften und Herr Schuster würde sich darum im DGB in bester Gesellschaft wissen — wenn er tolerant sein will, denn im DGB sind viele Kollegen, die sich offen zu ihrem Glauben und zu ihrer Religion bekennen.

Ich darf und muß Herrn Schuster auf den Aufsatz des Vorsitzenden der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, Dr. Eberhard Müller, verweisen, der unter dem Titel 'Evangelische Kirche und Gewerkschaftsbewegung' in der Zeitschrift 'Die Quelle' Nr. 9, vom September 1954, kluge und sehr besonnene Worte zu sagen weiß. Wichtig erscheinen mir zur Aufklärung dabei folgende Ausführungen:

„... Da beide (Kirche und Gewerkschaft) aus völlig verschiedenen Beweggründen und Zeitumständen entstanden, ist es nicht zu verwundern, daß die ersten Jahrzehnte der gemeinsamen Geschichte, die die Kirche und die Gewerkschaftsbewegung miteinander erlebten, an gegenseitigen Fehltritten reich war. Bedauerlich ist nur, wenn die wachsende Einsicht in die gemeinsame Verantwortung, die sowohl die Kirchen wie die Gewerkschaften für die innere Struktur der modernen Gesellschaft haben, immer wieder durch den Schatten der Vergangenheit verdrängt wird. Es kommt dadurch heute noch zu falschen Frontbildungen, die beiden gleichermaßen abträglich sind. Schließlich sind ja die Gewerkschaftsmitglieder zum allergrößten Teil gleichzeitig Mitglieder der Kirche und haben innere Bindungen nach beiden Seiten. ...

... Die Zahl der passiven Mitglieder ist nicht nur in der Kirche, sondern auch in der Gewerkschaftsbewegung wesentlich größer als früher, und die Frage, wie überhaupt der einzelne in der heutigen Massengesellschaft zu einem Einsatz für eine große Sache bereitgemacht wird, beschäftigt uns gleichermaßen. Vor allem aber stehen wir vor der gemeinsamen Erkenntnis, daß in den großen Organisationen der industriellen Gesellschaft der einzelne Mensch mehr und mehr vor die Hunde geht, wenn es nicht darunter solche gibt, für die es ein leidenschaftliches Anliegen ist, sich der zu einem Maschinenrädchen degradierten Menschen brüderlich anzunehmen. Die Fürsorge für den Menschen im Betrieb ist für jeden Christen, der es ernst meint, eine Gewissenspflicht. An dieser Stelle berührt sich das kirchliche und das gewerkschaftliche Wollen nicht nur, sondern fällt geradezu zusammen. ...

... Aus diesem Grunde wird auch die Bildung von christlichen Sondergewerkschaften, zumindest im Raume der evangelischen Kirche, aber auch in weiten Kreisen der katholischen Kirche, aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt. ...

... Darum steht fest, daß eine Gewerkschaftsspaltung von evangelisch-kirchlicher Seite nicht zur Diskussion gestellt wird, wenn dies nicht von gewerkschaftlicher Seite geschieht. Man sollte deshalb auch nicht immer wieder über diese Dinge sprechen und sich gegenseitig vorwerfen, man werde bedroht. Man sollte lieber ernsthaft miteinander reden, und zwar gerade über die Dinge, in denen es zu echten Spannungen kommen kann. Eine Bewegung, die Spannungen von sich fernhält, gewinnt nur vorübergehend an Durchschlagskraft. Eine Bewegung, die auf eine Einheitsmeinung ihrer Mitglieder abzielt, ist auf die Länge der Zeit höchstens noch zu Massenreaktionen fähig. Sie verliert aber die innere Lebendigkeit. Dieses Gesetz gilt für die Kirche nicht weniger als für die Gewerkschaften. Darum ist eine gegenseitige Beunruhigung nicht nur nicht zu bedauern, sondern zu begrüßen. Nur diejenigen, die ihrer Sache selbst nicht sicher sind, werden danach trachten, ihr aus dem Wege zu gehen. ...'

Wenn Sie, lieber Herr Schuster, nach eingehendem Studium des Original-Artikels, den Sie im Organ des DGB 'Die Quelle' nachlesen sollten, um gleichzeitig auch aus dem sonstigen Inhalt manches Neue hinzuzulernen, immer noch bei Ihren Leisten bleiben wollen, wäre die Tatsache bedauerlich. Vielleicht aber werden meine Ausführungen und Hinweise dazu beitragen, daß Sie zukünftig Andersdenkenden, besonders den Gewerkschaften, so tolerant entgegentreten, wie Sie es vom DGB und dem Sie freundlichst grüßenden Schreiber dieser Zeilen jederzeit zu erwarten haben."

Hans Fischer